

Inflation

und andere Fehlleistungen der Ökonomie und Politik

Offener Brief

an

den Präsidenten der Deutschen Bundesbank

Herrn Dr. Joachim Nagel

und

die Herren Professoren

Dr. Dr. h. c. Lars P. Feld,

Dr. Oliver Landmann

und

Dr. Stefan Kooths

von

Tristan Abromeit

September 2022

www.tristan-Abromeit.de

Text 176.0

Anhänge

176.1 / 176.2 / 176.3 / 176.4 / 176.5 / 176.6

Inhalte: nächste Seite

Anhänge

176.1

An die Teilnehmer einer E-Mailliste am 15. Mai 2020
Patentrecht die dritte Säule des Kapitalismus
Auszüge zum Thema aus Texte von Walter Eucken
Antwort von Expräsidenten des Bundesverfassungsgerichtes Andreas Voßkuhle
zu einer Frage der Machtkonzentration der digitalen Großkonzerne.
Hinweis auf „Wettbewerb Monopol und Unternehmer“ von Walter Eucken
„Streit um die Arbeit“ von Klaus Fütterer / Zins, Verteilungskampf

176.2

a) Der Freiburger Wirtschaftswissenschaftler
Walter Eucken wäre heute 100 Jahre alt geworden
Von Wilhelm Seuss
Badische Zeitung vom 17. Januar 1981
b) Wettbewerb Monopol und Unternehmer
Mit einer Vorbemerkung von Edith Eucken-Endsieck; 1953

176.3

Auszüge aus:
a) Problem unserer Zeit und seine Meisterung von Karl Walker, 1931
b) Gegen den Strom von Johannes Schumann über seine Wirkungszeit in der SPD
vor dem Ende der Weimarer Republik

176.4

Überwindung des Imperialismus von Karl Walke, 1946
Rück- und Ausblick nach der Katastrophe
des Zweiten Weltkrieges im Jahr 1946

176.5

A) Das zentrale Anliegen Silvio Gesells!
Verfasser: Wilhelm Schmülling (?) Januar 2003 (?)
B) Vom Urknall zum Zinsknall
Verfasser: Peter Kafka, Astrophysiker
aus: Zeitschrift HumanWirtschaft, 33. Jahrgang / Ausgabe Oktober / Nov.
2002

176.6

Ergebnisse der Tagung am 8. und 9. Okt. 2022 über
„Versäumnisse und Aufgaben der Geldpolitik in turbulenten Zeiten“
Persönliche Eindrücke und Hinweise auf Arbeiten von
Dr. Christoph Freydorf
T.A.: Anmerkungen zur Wahlschlappe der FDP in Niedersachsen am 9.10. 2022
mit selbst produzierten Flugblatt für die FDP zu Wahlen im Jahr 1976

Inhaltsübersicht

	<u>Seite</u>
Vorstellung der Empfänger des O-Briefes im engeren Sinn	2
Wesentliche Zeugen für Währungsbereich der 1. Deutschen Republik	4
Prof. Dr. O. Hahn: In Memoriam zu Silvio Gesell	5
Korrespondenz mit Heinz Nixdorf und DIE ZEIT, 1985	5
Auf die Themen bezogener Hintergrund des Verfassers	6
Die Grünen: Vom Hoffnungsträger zum Totengräber	7
Zu den Grundlagen der Wirtschaftspolitik der FDP, TA 1978	8
Wie kam es zu der Auswahl der Adressaten	
Auf dem Weg zum Kern meines Anliegens	10
Die persönliche Ansprache meiner Adressaten	12
Zuerst zu Ihnen, Herr Prof. Kooths	12
Einschub 1: Brandmeldungen	13
Ich komme zu Ihnen, Herr Prof. Landmann	14
Ich komme zu Ihnen, Herr Prof. Feld	17
Rudolf Eucken	19
Ich komme zu Ihnen, Herr Dr. Joachim Nagel, Präsident der DB	21
Prof. Bert Rürup zur Politik der EZB	22
Inflation und Deflation zerstören die Demokratie von Gerhard Ziemer	22
Zur Heftreihe ZEIT-Geschichte, Heft „Weimars Ende“	25
Kampf gegen Die Inflation und Deflation bei H.Schumann u.K.Walker	28
Zu Silvio Gesell, dem erdverbundenen Währungstheoretiker	29
Die Judenfrage	30
Nahum Goldmann	31

Einschub 2: Die Aufklärung der politischen Israelfahrer / Ludwig Freund	33
Yuval Noah Harari: 21 Lektionen für das 1. Jahrhundert	34
Johannes Kleinhappl: Christentum und Kapitalismus	36
S. Haffner Die sieben Todsünden des Deutschen Reichs im Ersten Weltkrieg	37
Fritz Schwarz: Segen und Fluch des Geldes, Bd.2, 1945	38
Brief Silvio Gesell an Georg Blumental vom April 1907	38
Aktive Währungspolitik Silvio Gesell und Ernst Frankfurt	40
Einschub 3: Nachrichten aus dem Umfeld der Freiwirtschaft	44
Michael Gorbatschow und die blinden deutschen Politiker	46
Hinweise auf eigene Arbeiten zu Glasnost und Perestroika	48
Klarstellungen von TA	49
Kurze Anmerkungen zum Euro	51
Verwendung der ausgegebenen Banknoten der Dt. Bundesbank	59
Hinweise:	
a) Werner Onken / Marktwirtschaft ohne Kapitalismus	64
b) Helmut Creutz 8. Juli 1923 – 10. Oktober 2017. Internetseite	66

Zum Schluss:

Ausgaben, Zinslasten und Zinserträge

Verteilung auf 10 Haushaltsgruppen mit je 3,8 Millionen Haushalten
Größen in Tsd Euro je Haushalt - Bezugsjahr 2007

Zinslasten und Zinserträge – Salden der Haushalte bezogen auf 10
Haushaltsgruppen mit je 3,8 Millionen Haushalten Größen in Tsd. Euro je
Haushalt - Bezugsjahr 2007 Eine Grafik + eine Seite Erläuterungen

Inflation

und andere Fehlleistungen der Ökonomie und Politik

Offener Brief

an

den Präsidenten der Deutschen Bundesbank

Herrn Dr. Joachim Nagel

und

die Herren Professoren

Dr. Dr. h. c. Lars P. Feld,

Dr. Oliver Landmann

und

Dr. Stefan Kooths

von

Tristan Abromeit

September 2022

www.tristan-Abromeit.de

Text 176.0

Vorstellung der Empfänger des O-Briefes im engeren Sinn



Dr. Joachim Nagel, Präsident der Deutschen Bundesbank und Mitglied des EZB-Rats

<https://www.bundesbank.de/de/bundesbank/organisation/vorstand/joachim-nagel/lebenslauf-607878>

<https://www.bundesbank.de/de/aufgaben/themen/bundespraesident-steinmeier-bestellt-joachim-nagel-zum-bundesbankpraesidenten-856412#:~:text=Bundespr%C3%A4sident%20Frank%20Walter%20Steinmeier%20hat,im%20Schloss%20Bellevue%20die%20Ernennungsurkunde.>

00000



Prof. Dr. Dr. h. c. Lars P. Feld, Direktor

>>Lars P. Feld (*1966) hat seit 2010 den Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Ordnungsökonomik an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg inne und ist Direktor des Walter Eucken Instituts. Seine Forschungsschwerpunkte sind Wirtschaftspolitik, Finanzwissenschaft, Neue Politische Ökonomie und Ökonomische Analyse des Rechts. ...<<

<https://www.eucken.de/mitarbeiter/prof-dr-lars-p-feld/>

00000

T.A. Text 176.0 - 2 - Inflation und mehr



Prof. Dr. Oliver Landmann (Emeritus)

<https://www.macro.uni-freiburg.de/team/oliverlandmandir>

00000



Prof. Dr. Stefan Kooths

Stefan Kooths, Jahrgang 1969, ist Vizepräsident des IfW Kiel und Direktor des Forschungszentrums [Konjunktur und Wachstum](#).

<https://www.ifw-kiel.de/de/experten/ifw/stefan-kooths/>

00000

Wesentliche Zeugen für den Währungsbereich der 1. Deutschen Republik



Foto: I. v. Wesebe-Hogrefe

Dr. jur. Gerhard Ziemer, Jahrgang 1904, Studium der Rechts- und Finanzwissenschaft in Jena, München und Berlin, nach Referendar- und Assessorexamen zunächst richterliche Tätigkeit in Pommern, dann bis 1945 Vorstandsmitglied der Pommerschen Bank und Generallandschaftssyndikus der Pommerschen Landschaft; nach dem Krieg Mitbegründer und geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Lastenausgleichsbank in Bonn-Bad Godesberg.

00000



Silvio Gesell
um 1908

https://de.wikipedia.org/wiki/Silvio_Gesell

Das Bild ist dem 5. Band der 18 bändigenden *Gesammelten Werke* von Silvio Gesell entnommen.

<https://www.silvio-gesell.de/gesammelte-werke.html>

Der Herausgeber ist Dipl. Ökonom Werner Onken, der auch der Betreuer des Archivs für Geld- und Bodenreform, das in der Universität in Oldenburg untergebracht ist.

<https://www.sozialoekonomie.info/archive/archiv-geld-und-bodenreform.html>

<https://uol.de/bis/archive-und-sammlungen>

00000

Professor Dr. Oswald Hahn, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg schrieb unter IN MEMORAM in der ZEITSCHRIFT für das gesamte KREDITWESEN, Jahrgang -Heft 6 /15. März 1980 zu Silvio Gesell

>> Bei Irvin Fisher hat Silvio Gesell noch die meiste wissenschaftliche Anerkennung gefunden: Bei dem Mann, dessen Geldmengentheorie jahrzehntelang Wissenschaft wie Praxis suspekt waren, bis - über Milton Friedman und das Federal Reserve System - keine Renaissance, sondern eine totale Dogmatisierung in den Studierstuben und Notenbankdirektorien eintrat. Es ist nicht auszuschließen, daß über eine us-amerikanische verfasserbedingte Innovation die Theorie des Schwundgeldes dort eine Auferstehung erfährt und von dort aus begeisterte Aufnahme in Europa findet. Eine Rückbesinnung auf Gesell in bundesdeutschen Lehrbüchern wie in den Stäben der Zentralbankleitung wäre dann allerdings nur über die US-Karriere eines amerikanischen DAAD- oder Fullbright-Stipendiaten möglich.<<

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/19.1.4%20OB%20Lt.%20Doku%2004.pdf> S.6

Quellen zur Wiederentdeckung von Silvio Gesell im Ausland werden beim Vorstand gesammelt: [inwo\(at\)inwo.de](mailto:inwo(at)inwo.de)

00000

Die Ratlosigkeit der Politiker von heute, macht die Arbeiten von Silvio Gesell immer moderner.

Heinz Nixdorf

12. Juni 1985

- 27.0  [Von der Verantwortung der ZEIT-Redaktion für Krieg und \(Bürger-\)Frieden](#) (66 Seiten, 523 KB) Ein Brief mit Anmerkungen zu ZEIT-Artikeln und vier Anhängen - *Februar 2003*
- 27.1 [Anhang 1:](#)  [Gräfin Dönhoff](#) (17 Seiten, 160 KB)
- 27.2 [Anhang 2:](#)  [Heinz Nixdorf](#) (30 Seiten, 197 KB)
- 27.3 [Anhang 3:](#)  [Zur Ideengeschichte der sozialen Marktwirtschaft](#) (23 Seiten, 191 KB)
- 27.4 [Anhang 4:](#)  [Leserbriefe zu "Ein paar Prozent Streit" / Attac und Freiwirtschaft](#) von Peter Müller (10 Seiten, 100 KB)

Auf die Themen bezogener Hintergrund des Verfassers



Tristan Jann Ferdinand Abromeit 21. 01. 1934*

Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg und in der Nachkriegszeit als das Geld ohne Bezugsscheine nichts wert war: Schwarzhandel, Tauschhandel, Schlangestehen, Zigarettenwährungen, willkürliche Enteignungen bei Razzien.

Hamstern, Kohlen- und Rübenklau,
tägliches Mitbringen eines Torfsodens zum Heizen in der Schule.
Als Hausaufgaben mussten wir im Krieg Schafgarbe, Brombeerblätter etc. sammeln.
Dann das Erleben der vollen Schaufenster über Nacht nach der Währungsreform, die im strengen Sinn des Wortes keine Reform war.

Arbeitserfahrungen im Handwerk, in der Binnen- und Seeschifffahrt, Bergbau, Landwirtschaft, Handel, Industrie und Sozialeinrichtungen.

Ab Juli 1961 späte Ausbildung zum Bankkaufmann in Kreditgenossenschaften,
Studium 1964 bis 1966 an der Akademie für Wirtschaft und Politik in Hamburg.
Abschluss als graduerter Volkswirt, das empfinde ich nicht als eine Auszeichnung, sondern als ein peinliches Bekenntnis, denn die Bezeichnung Volkswirt ist doch beschämend.

Erfahrungen mit Alternativprojekten, Arbeitslosigkeit, Umschulung und Leben in prekären familiären Verhältnissen.

1967 Initiator der Gründung der Liberal Sozialen Partei als Versuchsballon.
In den 70er Jahren Mitglied in der F.D.P.
Seit Ende der 70er Jahre Mitglied der Grünen Liste Umweltschutz in Niedersachsen und als solches Gründungsmitglied der Partei DIE GRÜNEN:

Ich wollte nun einen Text von mir einfügen, den ich zum Abschied meiner Mitgliedschaft bei den Grünen geschrieben habe. Der nachfolgende Titel weist auf diesen Text hin. Ich bin mir aber nicht sicher, ob es der ist, an den ich mich schwach erinnere. Aber der angezeigte Text passt hier auch hin.

Auf den Seiten 147 bis 154 habe ich eine biographische Notiz von mir von meiner Internetseite eingefügt.

DIE GRÜNEN:
Vom Hoffnungsträger zum Totengräber?

Ein Beitrag:

- zum zwanzigjährigen Jubiläum der Bundestagsfraktion der Bündnisgrünen,
- zur zehnjährigen Vereinigung von Bündnis 90 und DIE GRÜNEN
 - zum 140jährigen Jubiläum der SPD,
- zur Agenda 2010 der rot-grünen Regierungskoalition.

Von

Tristan Abromeit

Gründungsmitglied der Partei DIE GRÜNEN

Mai 2003

<https://tristan-abromeit.de/pdf/28.0%20DIE%20GRUENEN%20%20MdB%201.5.03.pdf>

Damit habe ich zu meiner Person mehr als genug gesagt. Aber es geht mir bei diesem Schreiben nicht um meine Person, die ist nur im Hinblick auf den Transport von Informationen und Beurteilung unserer politischen Lage von Bedeutung. Ich schätze meine Lebenserwartung so ein, dass ich im nächsten Januar den 89. Geburtstag wohl erreichen werde, aber ob ich der 90. Geburtstag im Januar 2024 noch erleben werde erscheint mir bei meinen körperlichen Befindlichkeiten doch ziemlich unsicher. Es geht also um die von der praktischen und theoretischen Ökonomie nicht genutzte Chance für eine bessere oder weniger bedrohte Zukunft der Enkel- und Urenkel-Generation.

Ich dachte nun, dass ich noch ein paar Sätze zu meiner Motivation schreiben sollte. Das erweist sich aber entgegen meiner ersten Einschätzung als schwierig. Man muss ja tief in sich hinein horchen, um eine ehrliche Antwort geben zu können. Dass ich keine berufliche oder politische Karriere mehr anstrebe, ist offensichtlich. Eine Wiederholung des Vorwurfs, den unsere Eltern- und Großelterngeneration nach der Nazi-Herrschaft ertragen mussten und der da lautete: „Wie konntet ihr das zulassen?“ „Was hab ihr gegen die Fehlentwicklung unserer Gesellschaft getan?“ für mich als Mitglied der folgenden Generation abzuwehren, könnte ein Motiv sein. Denn dass unsere heutige Gesellschaft auf keinem guten Weg ist, ist doch keine isolierte, rein persönliche Einbildung von mir.

Unsere politische Klasse hat unsere Verfassung und die demokratischen Grundlagen unseres Staates verraten und verkauft uns die Parteienherrschaft als die einzig mögliche Form von Demokratie. Die Bürgerschaft hat durch ihren politischen Dauerschlaf diesen Verrat abgesegnet.

Die Art der Vergangenheitsbewältigung mit der Einführung der Schuld der Deutschen als Staatsreligion schafft keine Versöhnung, sondern erzeugt eher Selbsthass, benennt nicht die wirklichen Täter. Aus dieser Aufklärung, die keine ist, kann nichts Gutes entstehen. Unser Bildungs- und soziales Sicherungs- und Wirtschaftssystem strafen der Behauptung Lügen, dass wir in einer freiheitliche demokratischen Grundordnung leben. Dass das „rechte“ Politische im Aufwind segelt, liegt nicht an der Dummheit oder Böswilligkeit der Wähler, sondern an den unbefriedigenden Ergebnissen von „linker“ und „mittiger“ Politik. In meinem Text „Ein paar Gedanken oder Hinweise auf die Entstehung der grünen Partei und ihren Auftrag / Aus Anlass des Todes von Helmut Lippelt, gestorben am 3. 1. 2018, schrieb ich dazu:

Als die Grünen gegründet wurden, war den meisten Gründern klar, dass eine neue Politik nicht mit dem alten Links-Rechts-Schema erreicht werden kann, darum hieß es damals „Wir sind nicht links, wir sind nicht rechts, sondern wir sind vorne!“ oder so ähnlich. Wer heute noch linke Politik als gute Politik an den Wähler vermitteln will, der übersieht, dass unter „linker Politik“ nicht weniger Murks und Mord geliefert wurde, wie unter „rechter Politik“. Und wer beide Positionen vermeiden will, hat keine Chance, sein politisches Versagen und seine Schuld dadurch zu vermeiden, dass er sich in die politische Mitte rettet, denn das Meiste an politischen Fehlentwicklungen, die zu beklagen sind, sind das Ergebnis des Handelns der „politischen Mitte“.

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/153.0.Tod.von.H.Lippelt.Zustand.der.Gruenen.pdf>

Aber vorher, als ich noch in der F.D.P. aktiv war, habe ich schon in meinem Text **PIÄDOYER für die DISKUSSION** der theoretischen GRUNDLAGEN der WIRTSCHAFTSPOLITIK in der BRD im allgemeinen und in der FDP im besonderen Ralf Dahrendorf zitiert, der in „Die Zeit“ Nr. 35/77 unter anderem schrieb:

„Der sozialliberale Konsens bröckelt an seinen Rändern, ist indes keineswegs passé: Das biedere Dreigestirn Schmidt - Genscher - Kohl könnte in einer Regierung sitzen, jedenfalls was politische Programme betrifft. Die neuen Herausforderungen kommen von den Rändern dieser Position. Das ist das hervorstechende Merkmal der neuen politischen Szene: Nicht nur die Idee der Modernität, sondern eine ganze politische Ideenwelt ist erschöpft - sozialliberal, sozialdemokratisch, soziale Marktwirtschaft.“ ...

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/1.2%20Plaedoyer%201978.pdf>

Es hat sich gezeigt, in den Rändern der Gesellschaft wird auch nicht das Neue und Bessere geboren, wenn dort nur das Konservative in unterschiedlichen Kleidern gepflegt wird.

Hier will ich aber nur etwas zu unserer praktischen Ökonomie vortragen, das auf ein Versagen der Ökonomie als Wissenschaft verweist. Ob das für mich persönlich eine Wirkung hat, ist für

mich als Schreiber unwichtig. Wichtig ist nur, dass ich in der unsichtbaren Kette von Einzelpersonen, die sich um die Entwicklung humaner Gesellschaftsformen bemühen, ein nützliches Glied bin. Und die Entfaltung dieser Nützlichkeit kann sowohl unter der Überschätzung wie auch unter der Unterschätzung der eigenen Möglichkeit leiden. Wichtig ist daher nur, dass ich mich vor Antritt meiner letzten Reise nicht selbst als ein Drückeberger einstufen muss.

Die Niederschrift dieser Zeilen ist mehr eine Last als ein Vergnügen. Ich erledige diese Arbeit nur, um das Gefühl loszuwerden, dass ich meine Hausaufgaben noch nicht erfüllt habe, um in Frieden meinem Ende entgegen leben zu können.

Wie kam es zu der Auswahl der Adressaten

Diesen Offenen Brief, der ein offenes Schreiben ist, hätte ich auch an die Institutionen wie die Bundesbank und die Hochschulen X Y Z adressieren können. Aber vermutlich fühlt sich dann kein Mitglied (Vertreter) solcher Institutionen angesprochen. Im Fall, dass ich konkrete Personen anspreche, haben diese die Chance, dass darauf reagiert wird und ich die Chance habe zu erfahren, wie ihre Einschätzung meiner Darlegungen ist. Es baut aber auch einen leichten Druck auf – den Vertreter öffentlicher Institutionen in der Demokratie aushalten müssen –, der dadurch entstehen kann, dass Mitleser eines offenen Schreibens erfahren möchten, wie denn die angesprochenen Personen darauf reagieren. Ich gehe dabei davon aus, dass ich ehrenwerte Bürger anspreche, die inhaltlich in Details meine Gegner sein können aber nicht meine Feinde, sondern – gefühlt – meine Freunde sind.

Die konkrete Benennung von Ihnen, Herr Professor Feld und von Ihnen Herr Prof. Landmann, erfolgte durch das Lesen des Interviews von Jörg Buetweg, Barbara Schmidt und Bernd Kramer, das auf einer Doppelseite unter dem Titel „**Deutschland ist ärmer geworden**“ in der *Badischen Zeitung* vom 25. August 2022 veröffentlicht wurde. Als meine Antwort darauf bat ich die Redaktion Ihnen den Link zu meinem Text 175.0 „Die Inflation ist kein Naturereignis, sondern ein Versagen der Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspolitik“ zuzusenden. Für den Vollzug meines Wunsches erhielt ich eine Bestätigung von der Redaktion. Aber selbstverständlich kann man heutzutage nicht erwarten, dass jeder Text, der ungefragt bei einem Empfänger landet, auch gelesen wird.

Sie, Herr Prof. Kooths gerieten in mein Blickfeld durch das Interview von Matthias Koch mit

Ihnen, das unter dem Titel „**Ohne stabiles Geld ist jede Sozialpolitik auf Sand gebaut** / Entlastungspakete? Tankrabatte? Nach Ansicht des IFW-Ökonomen Stefan Kooths ist der Inflation damit nicht beizukommen.“

Und Sie Herr Dr. Nagel waren einfach als der neue Präsident der Deutschen Bundesbank von Interesse, weil ich davon ausgehe, dass nicht der Karrieresprung maßgeblich für die Übernahme Ihres Amtes war, sondern Ihre Selbsteinschätzung, dass Sie für die Stabilisierung des Euros einen wesentlichen Beitrag leisten können und gewillt sind, wenigstens den deutschen Nutzern des Euros zu erklären, was dazu notwendig ist.

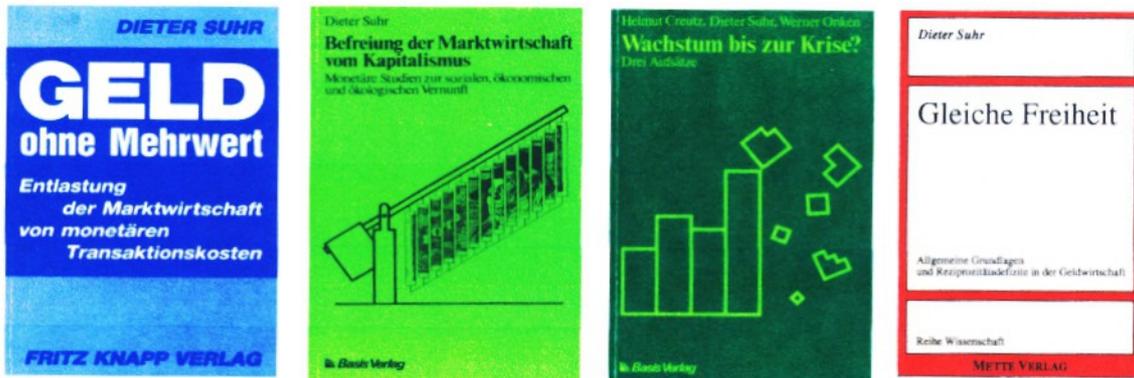
An den ausgeschiedenen Präsidenten der Deutschen Bundesbank, Herrn Dr. Jens Weidmann habe ich am 25. 10. 2021 ohne Erwartung einer Antwort u.a. geschrieben:

Sehr geehrter Herr Dr. Weidmann,
auch ich habe die Nachricht von Ihrem Rücktritt vom Amt des Präsidenten der Deutschen Bundesbank mehrfach gehört und gelesen. Ich bedauere das, weil es anzeigt, dass der Verfall von klaren Vorstellungen einer richtigen und klaren Funktionsweise einer Notenbank weiter fortschreitet. Ich kann aber nachempfinden, wie schwer es ist, fortwährend gegen eigene Überzeugungen handeln und entscheiden zu müssen. Ich finde Ihre Entscheidung gut, will aber nicht verhehlen, dass ich die Deutsche Bundesbank wohl als Mahner, aber nicht als Aufklärer im Währungsgeschehen eingestuft habe. Was natürlich keine Bedeutung hat, da ich in der Debatte um die Währung nur die Größe eines Staubkornes habe.

Auf dem Weg zum Kern meines Anliegens

Wenn die Ergebnisse der Wirtschaftswissenschaften (VWL und BWL) zufriedenstellend wären, dann würde sich das durch die Konfliktreduzierung in und zwischen den Gesellschaften bemerkbar machen. Der Krankenstand und die Selbstmordrate würden fallen und wenn es ein brauchbares Maß für das Wohlbefinden der Menschen geben würde, wäre eine steigende Tendenz zu beobachten. Ich (und andere) hätten gar keinen Anlass, eine höhere Effektivität dieser Wissenschaften anzumahnen. Es ist unwahrscheinlich, dass für die mangelnde Ergiebigkeit der Wirtschaftswissenschaften eine mangelnde Intelligenz oder ein mangelnder Einsatz der Wirtschaftswissenschaftler ursächlich ist. Verwunderlich ist aber, dass die Mitglieder der angrenzenden Wissenschaften, die die Ergebnisse der Wirtschaftswissenschaft als Bausteine für ihre Betätigungsfelder benutzen, nicht rebellieren. Na, ganz ausgeblieben sind die Rebellionen

ja nicht. Vor und nach den 68er-Unruhen sind viele Studenten und Dozenten in den Marxismus aufgrund der Leistungsschwäche der „bürgerlichen Ökonomen“ geflüchtet oder haben ihre eigenen Konsequenzen daraus gezogen, wie der zu früh gestorbene Dr. Dieter Suhr, der eine Professur für Öffentliches Recht, Rechtsphilosophie und Rechtsinformatik innehatte. Mir kam gestern zufällig eine Abbildung von Buchtiteln von Suhr vor die Augen. Ich füge sie ein:



<https://www.dieter-suhr.info/de/>

https://de.wikipedia.org/wiki/Dieter_Suhr

Man hat gerne bei uns im Westen den Ökonomen im ehemaligen Ostblock eine tatsächliche oder befohlene ideologische Befangenheit bescheinigt. Muss das Gleiche nicht auch im Hinblick auf die Ökonomen des Westens von der Gründung der BRD an bis heute gelten? Unterschiede in den Motiven und der Strenge der Einhaltung wird man sicher feststellen können. Eine Verfälschung der Analysen waren es damals dort, wie gestern und heute hier.

Wenn es zum Beispiel heißt: „Geld muss drei Funktionen erfüllen: **Die Tauschmittelfunktion, die Funktion als Recheneinheit und die Funktion als Wertspeicher.**“ und dann übergegangen wird, dass die Funktion als Wertspeicher, die Tauschmittelfunktion aufhebt, dann hat das nichts mehr mit wissenschaftlichem Denken zu tun. Genauso ist es mit der Gleichsetzung der Begriffe Marktwirtschaft und Kapitalismus. Da, wo der Kapitalismus herrscht, kann sich nur ein Kümmerling von Marktwirtschaft entwickeln. Es wird bei uns in Deutschland vermutlich nicht mehr bekennende Marktwirtschaftler in den Hochschulen geben, die wirklich wagen ihren Studenten eine Analyse des Kapitalismus zu erläutern. Warum ist das so? Sind die Professoren nicht alle darauf verpflichtet nach bestem Wissen die sachliche Wahrheit zu vermitteln? Es geht hier doch nicht um die Religion der Dozenten, die ihre Privatsache ist, sondern um die Armut und den Reichtum, zwei Gifte die eine humanitäre Entwicklung der Ge-

sellschaften verhindern. Ich schätze, die lehrenden Ökonomen leiden selber unter der Rolle, die ihnen unser System der Wissenschaft zumutet.

Die persönliche Ansprache meiner Adressaten

Ich will jetzt nicht die genannten Interviews kommentieren, obwohl sie einer näheren Betrachtung würdig sind. Mein Beitrag würde dann mit den kommentierten Teilen der Interviews zu lang werden und ich würde Gefahr laufen, hinterher als Besserwisser dastehen. Das ist eine Rolle, die ich nicht anstrebe, schon deshalb nicht, weil ich mich nur als von der Wirtschaftswissenschaft angehaucht fühle. Aber den gemeinsamen Punkt „Zinserhöhung“ zur Bekämpfung der Inflation in den Interviews werde ich später noch aufgreifen. Ich möchte aber Sie, „meine“ drei von mir adressierten Professoren mit je einem Kurzbeitrag ansprechen oder würdigen, damit Sie nicht den Eindruck bekommen, ich hätte sie nur als Statisten für mein Schreibvorhaben missbraucht.

Zuerst zu Ihnen, Herr Prof. Kooths: In dem Wikipedia-Eintrag zu Ihrer Person habe ich gelesen, dass Sie auch im Juni 2019 zum Vorsitzenden der [Hayek-Gesellschaft](#) gewählt wurden. Ich habe eine Frage zu Friedrich August Hayek. Wiederholt habe ich gehört und gelesen, dass Hayek zu den Befürwortern eines Systems der konkurrierenden Währungen gehört. Ich kann mich nicht erinnern, dass ich in seinem Buch „Der Weg in die Knechtschaft“ davon gelesen habe. Und im Register der Taschenbuchausgabe vom Mai 1976 kommen die Begriffe Geld und Wettbewerb vor, aber nicht das Wort Währung. Erste Frage: War Hayek ein Befürworter der konkurrierenden Währung? Zweite Frage: Wie hat er sich die vorgestellt? Die Klärung der Frage ist schon ein Stück Klärung im Wirrwarr der Geld- bzw. Währungstheorie.

Meiner Einsicht nach ist ein System der konkurrierenden Währung in dem Raum in dem es gelten soll, nur mit Warenwährungen ¹ möglich. Es hat aber den Nachteil, dass es für die beteiligten Währungen keine Preisniveaustabilität geben kann und es gibt auch keine Kursstabilität zwischen den beteiligten Währungen. Die zentralisierte Währung in einem Wirtschaftsraum ist die Voraussetzung eines maximalen dezentralen Wettbewerbs der Wirtschaftseinheiten. Das ist ja durchaus ein aktuelles Thema, weil die Fantasien über mögliche konkurrierende Digitalwährungen reichlich im Umlauf sind und sich zu einer Gefahr entwickeln können. Die experimentellen Regionalwährungen mit ihrem verhältnismäßig geringen Umfang am Güter-

1 Bei dem Stichwort *Warenwährung* fiel mir eine weibliche Utopia ein. Das Buch hat den Titel *Mama Moneta oder die Frauenfolge*. Verfasst von Wera Wendnagel, 1990. 2010 hat sie ihr Buch „*Mariannes Vermächtnis* oder wie mir meine Mutter die Freiwirtschaft vererbte“ veröffentlicht. Das sind Texte für Augen, die müde sind, reine Theorietexte zu lesen und doch beim Thema Geld bleiben.

austausch halte ich für nützlich, weil sich auf diese Weise mehr Menschen mit dem Doppelt-
thema Geld -Währung auseinandersetzen und dadurch die Bürger ein klein bisschen weniger
abhängig gemacht werden von den „Währungsspezialisten“. In diesem Bereich sehe ich
durchaus eine Gefährdung der Demokratie. Die Wirkungen der Regionalwährungen sind für
Zeiten mit einer Deflation durchaus hoch anzusetzen, nicht aber in Zeiten der Inflation.

ooooo

Einschub 1

Heute Morgen (28. 09. 2022) befindet sich unter den E-Mail-Eingängen folgende Nachricht:

Guten Morgen,
rund zwanzig Links in verschiedenen Sprachen zum Thema Bitgesell hat mein
Internetbeobachter heute früh gefunden. Englisch:
<https://bitcoinist.com/how-bitgesell-plans-to-improve-on-the-bitcoin-blockchain/>
Deutsch durch DeepL: <https://kurzelinks.de/2248>
Freundliche Grüße
Anselm Rapp

Und die Hannoversche Allgemeine Zeitung (HAZ) meldet:

„**Die Inflation ist brandgefährlich**“ / FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai pocht auf
die Einhaltung der Schuldenbremse.

Solche Brandmeldungen sind inzwischen Dutzendware. Die Schuldenbremse ist wichtig, sie
wird aber nur als Beschwörungsformel benutzt. In all den Berichten, die ich zum Thema
Inflation und Energiekosten gelesen habe, fehlt eine Schilderung der Ursachenkette. Und ohne
Kenntnis der Ursachenkette ist auch keine Abhilfe zu schaffen.

Da ähnliche Meldungen in allen Zeitungen zu lesen sind, will ich von den von mir
gesammelten Meldungen nur drei weitere wiedergeben, weil sie die politischen Verirrungen
verdeutlichen:

Ministerpräsident

> **Weil: Millionen in Niedersachsen werden finanzielle Hilfe benötigen** <
(HAZ 20. August 2022)

Rettet uns Bäcker

Offener Brief an die Bundesregierung und die Regierung des Landes Niedersachsen
(ganzseitige Anzeige in der HAZ vom 14. 09. 2022)

Der Druck auf die Politik wächst

Auch Finanzminister Christian Lindner stellt Hilfen bei Zeitungszustellung in Aussicht
(HAZ vom 14. September)

Die Zeitungsverlage wollen also für die Nicht-Aufklärung staatliche Unterstützung. Diese
Nicht-Aufklärung können die Bürger durch Kündigung der Abonnements billiger haben.

Einschub 1 Ende

ooooo

Ich komme zu Ihnen, Herr Prof. Landmann. Obwohl ich im Netz die wenigsten Aussagen zu Ihrer Person gefunden habe, gehören Sie für mich zu den Hoffnungsträgern, weil Sie von der Last des Lehramtes – das immer Rücksichtnahmen erfordert – entbunden, frei über den verworrenen Währungskomplex sprechen könnten und anderen Ihrer Kolleginnen und Kollegen in gleicher Lebenssituation den erforderlichen Aufstand in der Wirtschaftswissenschaft anführen oder mitorganisieren könnten. Dieser Aufstand ist notwendig, denn das ganze vorige Jahrhundert und das erste Viertel dieses Jahrhunderts ist vom Versagen der Wirtschaftswissenschaft geprägt. Und immer noch wird so getan und vermittelt, als sei das irrende Erkenntnistreben der Wirtschaftswissenschaft völlig unbeteiligt an den Niederungen dieser Zeit. Ich vermute als Hintergrund keinen bösen Willen und keine Verschwörung der beteiligten Personen, wohl aber konservierte systemische Fehler im Getriebe der Forschung und Lehre, die so wirken. Ich komme darauf zurück.

Ich hatte Ihren nachfolgend beschriebenen Text im Netz entdeckt. Als ich angefragt habe, ob der Lautenbach im beschriebenen Lautenbach-Plan der Lautenbach ist, der der Initiator der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft war. Sie haben umgehend geantwortet, was heutzutage nicht selbstverständlich ist:

Nein, Wilhelm Lautenbach und "Ihr" Otto Lautenbach sind zwei verschiedene Personen.

Mein Text über Walter Eucken und den Lautenbach-Plan ist [hier](#) open-access verfügbar.

Es folgt der Text, der meine Anfrage ausgelöst hat.

-- Der Lautenbach-Plan:

Euckens ‚keynesianischer‘ Augenblick?

Oliver Landmann / Universität Freiburg i.Br. / November 2021

Zusammenfassung

Das Spannungsfeld zwischen Keynes und Eucken, zwischen Keynesianismus und Ordoliberalismus, ist jüngst im Zusammenhang mit der wirtschaftspolitischen Konstitution der Europäischen Währungsunion zum Gegenstand lebhafter Debatten geworden. Dabei wurde vor dem Hintergrund der Tatsache, dass sich Eucken im Jahre 1931 hinter den ‚proto-keynesianischen‘ Lautenbach-Plan gestellt hatte, auch die Frage aufge-

worfen, ob es überhaupt einen Antagonismus zwischen Eucken und Keynes gebe, und ob sich die jeweiligen wirtschaftspolitischen Ansätze nicht viel eher komplementär als konträr zueinander verhalten. Der vorliegende Aufsatz beleuchtet vor diesem Hintergrund Euckens Position zum Lautenbach-Plan wie auch seine Sicht der Weltwirtschaftskrise und der Konjunkturpolitik. Es zeigt sich, dass Eucken mit seinem Denken über Krisenursachen, Krisenbekämpfung und allgemein auch hinsichtlich der Stabilitätseigenschaften einer Marktwirtschaft in einem scharfen Gegensatz zu Keynes stand.

Erscheint im Tagungsband 2021 des Ausschusses für die Geschichte der Wirtschaftswissenschaften des Vereins für Socialpolitik.

Universität Freiburg, Institut für Wirtschaftswissenschaften
Rempartsraße 16, 79085 Freiburg

e-mail: oliver.landmann@vwl.uni-freiburg.de
<https://www.macro.uni-freiburg.de/team/emeritus>

Bei dem in Ihrem Mail eingefügten Link bin ich dann bei dem nachfolgenden Text gelandet:

[Peter Spahn](#) (Hrsg.)

Entwicklung der Konjunkturforschung im frühen 20. Jahrhundert

Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie XL

[Schriften des Vereins für Socialpolitik \(SVS\)](#), Band 115/XL

2022. 1 Tab., 14 Abb. (davon 1 farb.); 317 S.

Beschreibung

»In der Konjunkturforschung ist wahrlich alles problematisch, selbst das Problem!« Nicht nur Friedrich A. Lutz (1932), die gesamte akademische Profession war verunsichert, als es darum ging, die gesamtwirtschaftlichen Schwankungen mit dem tradierten Kanon der Theorie zu vereinbaren. Sollte Konjunkturforschung ein eher anwendungsorientiertes Thema sein, angesiedelt bei neuen einschlägigen Instituten? Oder stellte sie den wissenschaftlichen Höhepunkt der Disziplin dar? Gewinnt man nötige Einsichten für Konjunkturtheorie und -politik aus der Betrachtung reichhaltiger Datensätze oder hat der empirischen Analyse die Entscheidung für ein bestimmtes theoretisches Deutungsmuster voranzugehen? Welche Rolle spielt das Geld? Diese und andere Fragen ziehen sich durch die Beiträge dieses Bandes, der die Anfänge der Konjunkturforschung nicht nur aus der Perspektive der »großen« Namen Schumpeter, Hayek und Keynes, sondern auch mit Blick

auf andere interessante Autoren und Forschungsinstitutionen untersucht.

https://www.duncker-humblot.de/buch/entwicklung-der-konjunkturforschung-im-fruehen-20-jahrhundert-9783428186778/?page_id=0&typ=buc

Klickt man den Verlags-Link an, kommt man zu einer Fülle von Veröffentlichungen zur Ökonomie. Auch wenn mir die Fragen kamen: „Wer kauft sich die Titel mit einem Preis um die 100 Euro?“; „Wie und in welchem Zeitraum werden die Arbeiten wirksam?“ und „Ist die Versammlung der Veröffentlichungen nur ein Friedhof für gedanklichen Fleiß und Mühe?“, so sind die Veröffentlichungen für mich doch ein Zeichen, dass die Wirtschaftswissenschaft nicht schläft. Aber wo drin ist die Schwäche der Wirtschaftswissenschaft dann begründet? Haben wir es im Bereich der Wirtschaft mit einem gesellschaftlichen schwarzen Loch zu tun, dessen Ursache nur spekulativ gedeutet werden kann? Ich glaube es nicht und hoffe, dass sich die Sachverhalte klären, bevor weitere Millionen Menschen verhungern oder durch kriegerische Aktivitäten vorzeitig sterben müssen.

Nachtrag: Ich war in den letzten Tagen auf eine Datei auf meinem Rechner gestoßen, auf dem ich eine Diskussion im Web festgehalten habe. Ich hatte in Gedanken diese Diskussion Prof. Feld zugeordnet und wollte einen Ausschnitt davon in dem an ihn adressierten Abschnitt bringen. Weil schon in diesen kurzen Ausschnitten aus der dort aufgezeichneten Diskussion eine Übereinstimmung zu Fragen der Ökonomie zwischen ihm und mir deutlich werden. Leider habe ich mir weder den Dateinamen noch den Titel des Beitrages notiert. Jetzt finde ich diese Datei nicht mehr. Ich habe dann überlegt, dass ich mich vielleicht irre und der Netz-Beitrag, der die Diskussion ausgelöst hatte, wäre von Ihnen und nicht von Prof. Feld. Ich habe dann mit ihrem Namen in meinen Dateien gesucht und bin auf folgenden Text gestoßen, der Ihren Namen enthält, aber auf eine andere Person verweist. Da der Inhalt noch aktuell ist, füge ich ihn ein.

Um die 9. Auflage der Natürlichen Wirtschaftsordnung von 1949 hat es erhebliche Auseinandersetzungen gegeben, wie ich aus einem vom Verleger Rudolf Zitzmann kopierten Schriftverkehr weiß. Auch hier hat die Buchgeldfrage eine bedeutende Rolle gespielt. Über Dr. Landmann und Hans Timm war ein Beitrag von Gesell zu diesem Thema als Kapitel 14 aufgenommen worden, das nach Walkers Ansicht nicht Gesells letzter Einsicht entsprach. Walker hat den Text „'Bargeldloser' Verkehr?“ in den Anhang gestellt. Meines

Erachtens hat er übersehen, dass Gesell hier gar nicht die Buchgeldfrage abhandelt, sondern das virtuelle Geld, das heute erörtert wird, vorwegnimmt, ohne davon abzugehen, dass Geld nur das ist, was in gemünzter, gedruckter oder abstrakter Form die Notenbank (Zentralbank) verläßt. (Seite 15) unter: <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/170.1.1.Medien.Walker.Informationen.Texte.Links.pdf>

Ich komme zu Ihnen, Herr Prof. Feld. Ich schätze Ihre Verantwortung für das wirtschaftliche Zeitgeschehen besonders hoch ein, a) weil Sie weiterhin ein Berater der Regierung sind und weil sie als Leiter des Walter-Eucken-Instituts in Freiburg den Auftrag haben, zu helfen die Klarheit der Gedanken zur Ökonomie von Walter Eucken in die Gegenwart zu transportieren. Beide Aufgaben werden in der Fachliteratur nach Ihrem Ableben Spuren des Lobes oder der Schande hinterlassen. Ich wünsche Ihnen und der Gemeinschaft der Wirtschaftsbürger, dass es Ihnen gelingen mag, die Spuren der ersten Sorte zu erzeugen.

Forschungsinstitute, die das Erbe großer Denker bewahren, die durch Stiftungen und öffentliche Gelder gefördert werden, haben durchaus ihren Sinn, wenn sie nicht zu reinen Gedanken-Museen verkommen. Denn manchmal wird ein wirklicher gesellschaftlicher Fortschritt dadurch verhindert, weil schon gewonnene Erkenntnisse einfach vergessen oder als von gestern abgetan werden. Ich denke, Walter Euckens Arbeiten werden um so wichtiger, je mehr sich die Wirtschaftspolitik in Tageseinfällen verliert und die Wirtschaft in die Zerreißprobe zwischen nacktem Kapitalismus und der Zentralverwaltungswirtschaft gerät.

Forschungsinstitute und die hinter ihr stehenden Stiftungen laufen aber auch Gefahr, Ideologiewerkstätten bestimmter gesellschaftlicher Interessen zu werden. Ich habe nicht den Eindruck, dass die Finanzierung der Forschungsstätten der Ökonomie nach den Regeln eines fairen Wettbewerbs laufen, die den Kriterien von Walter Eucken standhalten. Die bestehende Förderung macht auf mich den Eindruck, als bestünde unter den verschiedenen Ökonomie-Schulen eine Vereinbarung, die so wirkt, wie ein Ausschluss der Freiwirtschaftsschule aus dem Forschungs- und Lehrbetrieb. Dass ein solches Verhalten nichts mit einer wissenschaftlichen Einstellung zu tun hat, wird dabei nicht bedacht. Das Ziel scheint bald erreicht zu sein, das wird aber den Ignoranten der Freiwirtschaftsschule – egal ob sich Wissenschaftler und Politiker aus dem bürgerlichen Lager sind, die sich gestört fühlen, weil sie ihre kapitalistischen Neigungen nicht länger als marktwirtschaftliche verkaufen lassen oder ob es „linke“ sind, die sich in ihren zentralistischen Träumen von den Freiwirten gestört fühlen – auf die

Füße fallen, wenn wieder einmal unsere Republik ökonomisch zusammenbricht.

Soweit ich die Freiwirte erlebt habe, haben sie sich nicht gegen andere Ökonomie-Schulen abgeschottet, sondern eher gefragt, was können sie von ihnen lernen. Auf diese Weise war auch Eucken bei den Freiwirten Dauergast. Es bestand aber auch keine unüberwindbare Abneigung gegenüber Marx, wenn es um die Sache ging. Reibereien zwischen Vertretern von Ökonomie-Schulen entstehen aus Futterneid oder weil bestimmte Aussagen, die zu Glaubenssätzen der jeweils gläubigen Mitglieder geworden sind, verteidigt werden wollen. Wenn aber einer mit einem gut benoteten Examen von der Uni kommt und mir erklärt, dass vor einer Investition vorweg kein Sparvorgang (Konsumverzicht) erfolgen muss, dann kann ich auch grantig reagieren.

Nicht nur in der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM) haben Freiwirte und Ordoliberalen zusammen gearbeitet. Das Zerwürfnis haben eher die Ordoliberalen verursacht und nicht die Freiwirte, die aus der Organisation ausgeschieden sind. Die Ordoliberalen konnten nicht einsehen, dass ihr Denken und theoretisches Instrumentarium nicht verhindern würde, dass das Modell *Marktwirtschaft* ohne die Absicherung durch die ordnungspolitischen Instrumente, die die Freiwirtschaft vorschlägt, vom Kapitalismus überlagert und beherrscht würde. Die Freiwirte sind ausgezogen, um sich nicht selbst verleugnen zu müssen.

Aber wenn ich mich recht erinnere, hat es zwischen dem Seminar für freiheitliche Ordnung (SffO) und dem Walter-Eucken-Institut gemeinsame Veranstaltungen gegeben. Das SffO wurde von Mitgliedern der ASM gegründet, die dort ausgezogen waren.

Ich selber habe auch den Kontakt zum Walter-Eucken-Institut (WEI) gesucht. Das ist mir aber nicht so richtig gelungen. Der Anlass waren immer Besuche bei der Familie meiner Frau, die in Gundelfingen vor den Toren von Freiburg wohnt. Im Juli 2006 habe ich von dort aus telefonisch angefragt, ob ich im WEI mal vorbeikommen könnte, um näheres über das Institut zu erfahren. Das wurde mit Hinweise auf Terminschwierigkeiten verneint. Wir verabredeten dann einen Informationsaustausch. Ich habe meinen Part mit der Zusendung von Material eingehalten. Vom WEI kam nichts. Weiter Kontaktversuche per E-Mail und per Post blieben auch ohne Erfolg. Am 26. November 2009 war ich dann in einem Vortrag von Dr. Lij Asfa-Wossen Asserate der von dem WEI und dem Arnold-Bergstraesser-Institut organisiert wurde. Einmal war ich auch im Walter-Eucken-Institut. Ich habe etwa eine Stunde lang mit einem Doktoranden einen Abgleich über seine wirtschaftlichen Vorstellungen mit den meinen ge-

macht. Wir stellten eine große Übereinstimmung fest. Aber ein darüber hinausgehender Kontakt kam wieder nicht zustande. Ich hatte das Gefühl, dem Doktoranden wurde abgeraten, den Kontakt auszuweiten.

Beim Suchen in meinen Dateien bin ich auf eine Mitteilung an die Mitglieder eine Mailing-Liste gestoßen, die sich mit dem Thema Walter Eucken und dem Patentrecht und mit dem Vorwort von Edith Eucken-Erdsiek zu der Schrift „Wettbewerb Monopol und Unternehmer“ von Walter Eucken befasst. Ich muss meinen Text prüfen. Wenn er sich für einen Anhang eignet, findet man ihn unter der Textnummer 176.1.

Im Zusammenhang mit meiner Suche fiel mit auch eine Mitteilung an die Liste über Klaus Fütterer und seine Schrift „Wer hat dem wird gegeben“ auf. Diesen Text werde ich dort auch einfügen, weil er die Verteilungsfrage berührt und damit die Glaubwürdigkeit christlicher Soziallehren.

Die Denkerinnen und Denker, dies sich um eine Entwicklung freiheitlicher Gesellschaften in Gerechtigkeit und Frieden bemühten, bilden eine Familie und es bringt nichts, wenn Bewahrer des Erbes der toten Denker sich gegenseitig ausgrenzen. Diese Aussage ist aber keine Aufforderung aus den verschiedenen Denkergebnissen einen gedanklichen Eintopf zu kochen. Gegensätzliche Aussagen der verbliebenen Denker sind ein Auftrag an die jeweils nachfolgenden Generationen, die Widersprüche zu klären.

Auf Walter Eucken und Silvio Gesell bezogen heißt das nach meinem intuitiven Urteil, wenn eine der beiden Nachfolger-Gruppen scheitern, dann scheitern beide Gruppen. Das ist so, weil die Denkergebnisse beider Forscher wie zwei Beine eines Körpers sind. Das ist auch so, wenn die eine Gruppe sich noch eine Weile erfolgreich hinkend fortbewegt. Das ist keine Aufforderung meine Aussage einfach zu glauben, sondern den Sachverhalt beim eigenen Nachdenken zu berücksichtigen.

Rudolf Eucken

Ebenfalls bei der Suche in meinen Dateien kam mir auch ein Scann aus den „*Lebens Erinnerungen*“ von Rudolf Eucken vor die Augen. Ich dachte mir, dass es nicht schaden kann, wenn die Fans von Walter Eucken darauf hingewiesen werden, dass der berühmte Walter Eucken auch einen berühmten Vater hatte, der zu seiner Zeit mit dem Nobelpreis ausgezeichnet wur-

de. Ich füge zwei Links zu Beiträgen im Netz ein und eine Bilddatei mit einem Text aus dem Buch „Lebenserinnerungen“ von Rudolf Eucken. Mir ist beim Lesen dieses Buches besonders aufgefallen, dass der Unterricht im Auricher Gymnasium, das er besuchte, in plattdeutscher Sprache gehalten wurde. Halt! Ich habe nochmals nachgeschaut, auf der Seite 16 ist zu lesen, dass die Schüler untereinander sich in der plattdeutschen Sprache unterhielten. Dass seine Versuche, sie auf Hochdeutsch zu trimmen gescheitert seien. „Es erklärt sich das leicht aus der frischen und knappen, dabei traulichen Art, die das Niederdeutsche besitzt.“

Erweiterung meines Wirkens über Deutschland hinaus.

Daß ich im Auslande verhältnismäßig mehr Anerkennung fand als in Deutschland, das hatte einen guten Grund. Ich habe mich stets als einen guten Deutschen gefühlt, und ich habe auch im Auslande dem Recht der deutschen Sprache nicht das mindeste vergeben, aber mein Hauptproblem war übernational, es erstreckte sich über alle Völker und Kulturkreise. Es galt, das gegenwärtige Leben von einer starken Unwahrhaftigkeit zu befreien, an der es leidet, und eine innere Erhöhung, ja Umwälzung des menschlichen Lebensstandes zu fördern; dafür aber fand ich mehr Wärme und mehr Unbefangenheit bei verschiedenen auswärtigen Völkern als in Deutschland.

Walt. Sie in dem Reichem habe ich muß zu finden

Weitere Quellen zu Rudolf Eucken:

Uwe Dathe und Nils Goldschmidt Wie der Vater, so der Sohn? Neuere Erkenntnisse zu Walter Euckens Leben und Werk anhand des Nachlasses von Rudolf Eucken in Jena
<https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/9783110505566-004/html>

0000

Stand: 12.08.2011 12:37 Uhr

Rudolf Eucken: Der vergessene Nobelpreisträger

von Astrid Reinberger, NDR.de

<https://www.ndr.de/geschichte/koepfe/Rudolf-Eucken-Der-vergessene-Nobelpreistraeger.rudolfeucken100.html>

Ich komme zu Ihnen, Herr Dr. Joachim Nagel, Präsident der Deutschen Bundesbank.

Sie sind um Ihr Amt nicht zu beneiden. Die unterschiedlichen Lagen der Interessen der Mitgliedsländer im System der Europäischen Zentralbanken einerseits und die Unklarheiten über die Zusammenhänge in der Gestaltung und Steuerung der Euro-Währung andererseits machen Ihren Präsidentensitz zu einem heißen Stuhl. Da der Klärungsprozess über die Zusammenhänge in den Währungen ein Schnecken-tempo haben, lassen sich die Folgen von politischen und gestalterischen Fehlentscheidungen in diesem Bereich auch nicht von einem auf den anderen Tag korrigieren. Wahrscheinlich wird es so kommen, dass die Bürger ihre Wut über die Folgen der sich einstellenden Turbulenzen, auf die lokalen obersten Repräsentanten des Euro-Systems abladen werden. Das ist zwar ungerecht, weil die Präsidenten der nationalen Zentralbanken auch nur kleine Räder im Euro-System sind. Wenn hier ein Präsident einer Landesnotenbank bessere Einsichten hat, hat es das jeweilige Präsidium noch nicht. Und wenn ein Präsidium einer Landesnotenbank bessere Einsichten hat, dann heißt das noch lange nicht, dass alle anderen Präsidien der beteiligten Landesnotenbanken die besseren Einsichten übernehmen.

Ich versuche mich hier nicht als Schwarzmalerei, sondern bemühe mich nur den Mitlesern dieser Zeilen verständlich zu machen, dass sie glücklich sein können, Ihr Amt, Herr Dr. Nagel, nicht ausfüllen zu müssen. Ich habe die Frage „Wie viel Mitarbeiter hat die Deutsche Bundesbank“ in eine Suchmaschine eingegeben. Das Ergebnis lautet:

Personal. Stand: 31.12. Bezogen auf den Stand Ende 2001 mit 14.800 Beschäftigten verzeichnete die Bundesbank einen Rückgang des Stammpersonals auf Vollzeitbasis um 4.417 oder 29,8 % zum 31.12.2021 auf 10.383.

Bei der Zahl von rund 10.000 Mitarbeitern muss es doch zahlreiche Fachleute geben, die sehen, dass der Kurs der EZB und die Rolle der Bundesbank als Teil des Systems nicht in Ordnung ist und rebellieren. Werden die Rebellen einfach durch Belohnung oder Bestrafung ausgesondert oder ist der Anpassungsdruck hier so hoch, wie bei den Staatsdienern im Nazi-System? Ich schreibe diese Sätze nicht um Sie oder Ihre Mitarbeiter zu kränken, sondern um der gemeinsamen Sache willen zu versuchen, einen notwendigen Druck zur Klärung aufzubauen. Und es sei auch an dieser Stelle angemerkt, es ergibt keinen Sinn, wenn ich – und hoffentlich 1000 andere Bürgerinnen und Bürger, von deren Existenz ich keine Ahnung habe – aus Bescheidenheit oder aus Resignation auf einen solchen Versuch verzichte(n).

Bevor ich einige Argumente in der Sache vortrage, will ich erst Zitate von Zeitzeugen bringen. Ungeplant ist mir ein Beitrag aus jüngster Zeit ins Blickfeld gekommen. In meinem Text 170.1.1.

vom Oktober 2020 fand ich folgende Aussage:

Heute ist in Gabor Steingarts Morning Briefing folgendes zu lesen:
Der ehemalige Chef der Wirtschaftsweisen und heutige Präsident des Handelsblatt Research Institute neigt nicht zum Alarmismus. Professor Bert Rürup ist bekannt für sein abgewogenes Urteil und seinen moderaten Ton.

Der bekennende Sozialdemokrat ist von Haus aus kein Wirtschaftsliberaler und – als EZB-Kritiker aufgefallen ist er bisher auch nicht.

Umso erstaunlicher fällt seine Abrechnung im heutigen „Handelsblatt“ aus. Härter ist seit langem niemand mehr mit der EZB ins Gericht gegangen.

Bert Rürup schreibt:

„Die Notenbanken mutierten zum universalen Retter von Anlegern, Banken und Staaten. Gewinne auf dem Kapitalmarkt blieben privat, während Verluste zunehmend häufiger sozialisiert wurden – zentrale marktwirtschaftliche Prinzipien wurden außer Kraft gesetzt. Ein vom Wähler legitimes Mandat für diese wirtschaftspolitische Allkompetenz gibt es nicht.“

„Verlierer dieser Politik könnten die Klein- und Normalverdiener werden.“

„Dass es ohne die expansive Geldpolitik weit mehr Arbeitslose gäbe, darf man freilich als Schutzbehauptung hyperaktiver Notenbanker betrachten.“

„Neuerdings vertritt die EZB gar die Ansicht, sie müsse bei ihrer Politik Klimaschutzaspekte stärker berücksichtigen. Faktisch betreiben die Notenbanken damit Wirtschafts-, Finanz- und Umweltpolitik, die eigentlich demokratisch legitimiert sein sollten.“

„Das Wegducken der gewählten Politiker vor unangenehmen Entscheidungen und deren Abschieben auf die Zentralbanken kommt einem Offenbarungseid der Demokratie nahe – welch dramatische Fehlentwicklung!“

„Pflichtlektüre für alle, die sich um den Zustand unserer Demokratie sorgen.“ So Gabor Steingart.

Ich komme zu **Gerhard Ziemer** und seinem Buch „*Inflation und Deflation zerstören die Demokratie*“. Den Autor habe ich mit dem Text und ein Bild von ihm, von der Rückseite des

Bucheinschlages vorgestellt. Ich finde, dass das Buch zur „Pflichtlektüre“ der Studenten der Wirtschaftswissenschaften und der Schüler in den Berufsschulklassen für Bankkaufleute gehört. Ich zitiere hier daraus nur wenig, verweise aber auf eine Sammlung von Auszügen auf meiner Internetseite. Text 26.1 / „Brüning, Schröder, Lafontaine, Möllemann, die Presse, die Parteien und die Tabus“ . (Seite 59 bis 103)

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/26.1%20HAZ%20Bruening%20Tagebuch.pdf>

Aus *Inflation und Deflation zerstören die Demokratie* von Gerhard Ziemer, 1971

Man kann fragen, ob es die Mühe lohnt, die voneinander abweichenden Ansichten der deutschen Historiker über die Wirtschaftskrisen der Weimarer Zeit beeinflussen zu wollen, da die Wirtschaftswissenschaftler, unsere Bundesbank und die für den Wirtschaftskurs ihrer Parteien verantwortlichen Politiker der Gegenwart ein sicheres Wissen über Konjunkturen und über das Instrumentarium der Krisenbekämpfung haben. Das ist richtig, wenn auch die Kenntnisse in Konjunktur- und Währungsfragen immer noch auf kleine Kreise beschränkt sind und Erörterungen über Gold, Stabilität, Wechselkurse, schleichende und angeblich bald galoppierende Inflationen auch in den Reihen der sonst Gebildeten oft seltsam unkundige Gedankengänge auslösen. Wie schwankend die breite Öffentlichkeit mit ihrer Presse in Deutschland reagiert, wurde deutlich, als de Gaulle die Wieder-Inthronisierung des Goldes verlangte. Erst die Stellungnahme der Bundesbank, die den französischen Vorschlag mit Recht ablehnte, klärte endgültig die Richtung unserer Pressekommentare. So mag auch in volkswirtschaftlicher Hinsicht die Auseinandersetzung mit den Weimarer Krisen von Nutzen sein.

Wichtiger ist aber etwas anderes. Wir haben in Deutschland den Wunsch, nach allem, was geschehen ist, der Umwelt und unseren eigenen nachfolgenden Generationen erklären zu können, warum in den dreißiger Jahren von einem arbeitsamen, vernünftigen und friedliebenden Volk wo kommunistische und über 200 nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete gewählt werden konnten. Wir müssen erklären können, warum auch die deutsche Mitte in der Billigung des Ermächtigungsgesetzes schließlich ihre Zustimmung zur Kanzlerschaft Hitlers gab. Das ist ohne das Elend der Massenarbeitslosigkeit, mit der die demokratischen Parteien nicht fertig geworden waren, nicht zu begründen. Die Dauer und das Ausmaß der Wirtschaftskrise aber waren keine höhere Gewalt, sondern beruhten auf dem Versagen politisch wohlmeinender, aber volkswirtschaftlich unkundiger Männer. Dieses Versagen war in den Motiven wieder zurückzuführen auf das Versagen ande-

rer unkundiger Männer, die als verantwortliche deutsche Politiker die fünfjährige uferlose Inflation betrieben hatten. Inflationsangst und Deflationskrise hatten sich auf unheilvolle Weise miteinander verstrickt. Die deutsche Demokratie ist nicht an Ideologien, sondern an ihren Währungskrisen zugrunde gegangen. Das ist keine tröstende Erkenntnis. Sie ändert und rechtfertigt nichts an den Untaten, die Hitler und der Nationalsozialismus begangen haben, machen es aber verständlich, warum die Mehrheit des deutschen Volkes sich dem Nationalsozialismus untergeordnet hat. Er hatte zunächst für die Massen nicht Blut und Tränen, sondern nach langer Krise Arbeit und Brot gebracht. (Seite 223 f.)

Der erste Teil der Aussage über das „sichere Wissen“ der Bundesbank, der Wirtschaftswissenschaft und der verantwortlichen Politiker stimmt wohl für die ersten Jahre der BRD. Das ist sicher auch darauf zurückzuführen, dass die Freiwirte die Politiker und Wissenschaftler mit dem Thema genervt haben. Aber für das Erscheinungsjahr 1971 des Buches lässt sich das aus dem Ablauf der Wirtschaftsgeschichte mit den Inflations- und Arbeitslosenzahlen nicht mehr behaupten.

Aber dass die Gerüchte oder begründete Warnungen vor einer „galoppierende Inflationen auch in den Reihen der sonst Gebildeten oft seltsam unkundige Gedankengänge auslösen“, ist auch heute noch so. Wenn Angestellten oder Beamten ohne Rechtsgrundlage 10 % des Gehaltes / der Bezüge gekürzt würden, dann würde das eine Klagewelle auslösen. Wenn sie aber um 10 % ihres Einkommens durch die Inflation betrogen werden, dann löst das vor lauter Hilflosigkeit nur ein Murren aus. Die Inflation ist eine staatlich geduldete oder herbeigeführte Geldfälscherei, dass kann der brave Bürger, der versäumt hat, sich die Zusammenhänge zu verdeutlichen, nicht einsehen. Die Inflation betrifft besonders hart jene, die ihre Altersversorgung auf eine Geldanlage (das kann auch eine betriebliche Altersvorsorge sein) aufgebaut haben. Gehen wir mal davon aus, eine Person hat eine Altersversorgung realisiert aus der sie für 10 Jahre monatlich 2000 Euro erhält, also jährlich 24.000 Euro für die Gesamtlaufzeit sind das dann 240.000 Euro. Ist schon am Beginn der Rentenzahlung bekannt, dass die Inflationsrate 10 % sein wird, dann hat sie nicht nur den Verlust in Höhe des sich auf 10 % aufbauenden Inflation für das erste Jahr zu tragen ², sondern auch die vollen 10% von der Summe, die für nächsten 9 Jahre gedacht waren. Das sind dann 216.000 Euro und diese Summe verliert dann nicht nur die 10% durch die Inflation im ersten Jahr, sondern auch für neun folgenden Jahre, die Wertminderung durch den sich jährlich einstellenden Inflationssatz. Das ist dann ein Verlust

² Das sind keine volle 10 % von der Jahressumme von 24.000 €, weil die Inflationsrate sich nicht im vollen Umfang von 10 % am 1. Januar des betreffenden Jahres einstellen wird.

von 21.600 Euro für die Auszahlungsansprüche vom 2. bis zum 10. Jahr. Die Inflation der Folgejahre wirkt sich dann mit ihrem Prozentsatz jeweils auf den ganzen Restbestand mit der reduzierten Kaufkraft aus. Zahlenmäßig bleibt alles so bestehen wie vorher geplant: monatlich $2000 \text{ €} \times 12 \times 10 = 240.000 \text{ €}$. Nur die Kaufkraft hat sich verflüchtigt. Von der sicheren Altersversorgung bleibt dann nicht viel oder gar nichts übrig.

Es folgt ein Beispiel für die Vermögensverschiebung durch die Inflation. Für das Gold in der Bundesbank ist sie nicht der legitime Eigentümer, weil sie es (klugerweise) mit einem Teil ihres Dollarbestandes gekauft hat, der durch die Inflationierung der DM in ihrem Besitz kam. Zu diesen Dollarankäufen gegen Ausgabe von DM kam es, weil sie in der Zeit des Bretton-Woods-Systems mit fixiertem Wechselkurs gezwungen war US-Dollars anzukaufen. Sie gab für den Ankaufspreis zusätzliche Deutsche Mark aus. Die Wirkung war aber, dass die DM dadurch inflationiert wurde. Da die Bundesbank das für die Preisniveaustabilität nicht benötigt, und die Geschädigten der DM-Inflation nicht mehr ermittelt werden können, sollte Gold auf die Altersversicherungen übertragen werden.

Aber zurück zu der Annahme von Gerhard Ziemer im Jahr 1971, die Bundesbanker und die Wirtschaftswissenschaftler von damals wüssten, wie man die Inflation und Deflation vermeidet. Diese Annahme war ein Trugschluss, wie wir heute wissen. Und wer auf die Idee kommt, die nachfragende Geldmenge auf den Stand vor der Inflation zurückzuführen, macht einen neuen Fehler, weil das die Wirkungen der Deflation zeigen würde. (Das wusste Gesell schon am Beginn des vorigen Jahrhunderts.) Die Kaufkraft des Geldes muss auf den jetzigen Stand stabilisiert werden. Wie die durch die Inflation Geschädigten entschädigt werden können und ob man die Inflationsgewinner zur Kasse bitten kann, bleibt hier eine offene Frage.

Die Aussagen von Gerhard Ziemer, dass das Elend der Menschen in der Weimarer Republik den Sturz der Weimarer Republik verursacht hat und nicht Ideologien und, dass das Ausmaß und die Dauer des Elends in der Weimarer Republik nicht von einer höheren Gewalt ausgelöst wurde, wurde jahrelang tabuisiert. Diese Tatsache wird neuerdings aber wieder aufgegriffen. Der Verlag von „DIE ZEIT hat in der Reihe „ZEIT-Geschichte / Epochen. Menschen. Ideen“ das Heft „Weimars Ende / Warum scheiterte Deutschlands erste Demokratie“ heraus gebracht. Ich habe die ersten vier Beiträge gelesen:

- a) **Als die Freiheit starb** / Bilder vom Totenkampf der Weimarer Republik
- b) **Schicksalsjahr 1932**/ Woran zerbrach die erste deutsche Demokratie. Nicht nur an der Last ihrer Krisen“ Von Andreas Wirsching.
- c) **> Der Not zum Opfer gefallen**< Ein beispielloser Absturz der Wirtschaft treibt viele Menschen in Arbeitslosigkeit, Armut und Verzweiflung. Von Tillmann Bendikowski.
- d) **>Deflation führt zur Revolution**< Kanzler Brüning spart das Land in den Ruin, um die Reparationen zu drücken. Von Ursula Büttner

In dem Beitrag von Tillmann Bendikowski ist zu lesen:

... Im Land herrscht eine Mischung aus tiefer Ratlosigkeit, Resignation und einer radikalen Bereitschaft zur Tat. Manche hoffen auf eine wie auch immer geartete Umwälzung aller wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, auf eine Revolution, einen »Neuanfang«, die viel beschworene »nationale Wiedergeburt« oder schlicht auf ein Wunder. »Sei du uns der Erlöser, neues Jahr«, verfällt ausgerechnet eine sozialdemokratische Zeitung zum 1. Januar 1932 in religiöse Rhetorik, »befreie uns von Sorge, Not und Plage«. Dabei heißt es in der Internationale doch bekanntlich, dass »uns kein höh'res Wesen« rettet und dass sich die »Verdamnten dieser Erde« nur selbst aus dem Elend befreien können. ...

Das Buch von Gerhard Ziener ist in der Bibliografie des Heftes / der Broschüre „Weimars Ende“ nicht aufgeführt.

Die Sozialdemokraten waren nach meinem Kenntnisstand in der Weimarer Zeit währungspolitisch handlungsunfähig. Sie wurden dadurch nicht nur Opfer, sondern auch Förderer der NSDAP.

Jetzt will ich noch aus dem Buch *Inflation und Deflation zerstören die Demokratie* aus Ziemers Schlussfolgerungen zitieren.

Der Verfasser möchte das Buch mit Ausführungen des im Oktober 1968 verstorbenen Professors L. Albert Hahn ³ / ¹³⁷ schließen, entnommen aus dessen großem

³ / ¹³⁷ Professor Dr. Dr. Dr. h. c. L. Albert Hahn wurde am 12. Oktober 1889 in Frankfurt/M. geboren. Er studierte Rechtswissenschaft und Philosophie, erwarb in beiden Fakultäten den Doktorgrad, wurde Assessor und Rechtsanwalt und trat 1919 in den Vorstand der Deutschen Effecten- und Wechselbank in Frankfurt/M. ein, einer Gründung seiner Vorfahren. Im Jahre 1928 wurde Hahn neben seiner weiteren Tätigkeit als praktischer Bankier aufgrund seiner zahlreichen Veröffentlichungen über Themen des Geldwerts und der Konjunkturlehre Honorarprofessor an der Universität Frankfurt/M. Im Jahre 1936 ging Professor Hahn in die Emigration. Durch Gastvorlesungen in New York, später auch in Paris und Zürich, und durch Bücher und Aufsätze, die bis kurz vor seinem Tode

Aufsatz in der Zeitung »Die Zeit« vom 5. April 1963. Hahn, zugleich überragender Währungswissenschaftler und erfahrener Bankier, war in der Deflationskrise einer der führenden Reformer. Hahn, der seinem Aufsatz die Überschrift gegeben hatte: »Brüning war an allem schuld - Eine falsche Wirtschaftspolitik ebnete den Weg für die Massenverführer« schreibt darin:

»Die Brüning-Luthersche Deflationsperiode, die 1931 begann, ist, wenn nicht die tragischste, so doch die paradoxeste der letzten fünfzig Jahre. Es ist die paradoxeste, weil alles, aber auch alles, was seitdem geschah - Nazirevolution, Krieg, moralische und physische Vernichtung von Millionen Menschen und schließlich die deutsche Niederlage - nach meiner und vieler meiner Freunde Auffassung vermieden worden wäre, wenn die damals die Hebelstellung der Wirtschaft, das Geldwesen, direkt oder indirekt Beherrschenden sich nur ein wenig aufgeschlossener gegenüber heute selbstverständlichen Gedankengängen gezeigt und den kumulativen Deflationsprozeß unterbrochen hätten. Statt dessen hat man, die Jüngeren werden sich den damaligen Mangel an Urteilsfähigkeit gar nicht mehr vorstellen können, die Fortsetzung des Deflationsprozesses nicht nur geduldet, sondern (aus falsch verstandenen Gold- und Wechselkursrück-sichten) gewünscht und mit einer prozyklischen Fiskalpolitik gefördert. Eine solche Politik mußte ein hoffnungslos gewordenes Volk in die Arme der Extremen treiben, die ihm die rasche Befreiung von der Pest der Arbeitslosigkeit versprochen - und dieses Versprechen durch Akzeptierung etwas >moderner< Praktiken auch hielten.

Um dies vorwegzunehmen: Keine der damals in Regierung oder Reichsbank verantwortlichen Personen hat das Unheil bewußt herbeigeführt. Auch die unseligen Berater aus >Theorie und Praxis<, die die offizielle Politik stützten, waren gutgläubig, wenn auch manche Industrielle aus Angst vor dem Vorwurf des Inflationismus in der Öffentlichkeit Aussagen machten, die ihrer mir privat geäußerten Überzeugung widersprachen. Ursächlich für die Deflations- oder wenn man es schonender ausdrücken will, für das Fehlen jeder bewußten Anti-Deflationspolitik, war vielmehr: Einerseits herrschte in den weitesten Kreisen eine völlige Unkenntnis über den Charakter von Wirtschaftskrisen als Deflationskrisen, andererseits ein erstaunlicher Mangel an >judgment<, an abwägendem Urteil darüber, ob der Vermeidung der katastrophalen wirtschaftlichen und politischen Deflationsfolgen oder gewissen formal-juristischen Erwägungen der Vorrang einzuräumen war. Wie unbegreiflich erscheint zum Beispiel heute, daß man eine Abwertung der Mark mit dem Hinweis ablehnte, daß im Young-Plan die Aufrechterhaltung der Goldparität stipuliert worden war. War doch seit der Einführung der Devisenzwangswirtschaft im Juli 1931 von einem Goldstandard überhaupt nicht mehr die Rede und die Mark im Verfolg der Pfundabwertung vom September 1931 gegenüber der zweitwichtigsten Weltwährung - und siebzehn der Pfundabwertung folgenden Nebenwährun-

erschieden, wurde Professor Hahn als Währungs- und Konjunkturwissenschaftler weltweit anerkannt. Er starb am 4. Oktober 1968 in Zürich.

gen - tatsächlich um etwa 40 Prozent aufgewertet. Wie konnte es geschehen, fragt man sich heute, daß die Industrie, die gegen die letzte fünfprozentige Aufwertung der DM so heftig opponierte, gegen jene Aufwertung der Reichsmark nichts einwandte?

Ich selbst empfinde bei der Erinnerung an diese Periode meines Lebens jetzt, nach dreißig Jahren, noch dieselbe Verzweiflung und Aufregung, die ich damals angesichts der offiziellen Geld- und Kredit-Politik verspürte; und dasselbe Gefühl der ohnmächtigen Wut darüber, daß unser Kampf erfolglos war, nicht - das hat wohl die spätere Entwicklung bewiesen - weil unsere Argumente falsch waren, sondern weil die Gegner wegen ihrer offiziellen Stellung oder auch nur wegen ihres Alters und angeblich größeren praktischen Erfahrung ein höheres Prestige genossen als wir Jüngeren, die obendrein noch vielfach Theoretiker waren. «

Vom Kampf gegen die Inflation und Deflation bei H. Schumann und K. Walker

Ich wollte hier jetzt einen längeren Auszug aus der Broschüre „Gegen den Strom“ von Johannes Schumann einfügen, wo er seinen Kampf gegen die Einstellung zur Deflation der SPD schildert, der mit seinem Rauswurf aus der SPD und dem Scheitern der Weimarer Republik endete. Schumann war von Beruf Lehrer. Ich bringe den Auszug als Teil des Anhangs unter der Textziffer 176.1.

Ähnlich ergeht es mir mit Auszügen aus Karl Walkers erstem Buch, das 1931 /32 in drei Auflagen erschienen ist und den Titel trägt „Das Problem unserer Zeit und seine Meisterung. Wenn das Buch von den Ton angehenden Wirtschaftswissenschaftlern und Wirtschaftspolitikern gelesen worden wäre, hätte es sie aus ihren Denkfallen, die die Ursache für den Untergang der Weimarer Republik waren, befreien können. Ich selber rätsle über den Ursprung dieser Denkfallen. Eine Verschwörung und mangelnde Intelligenz schließe ich aus und wenn ich Hochmut und Dünkel in Erwägung ziehen würde, dann hieße das doch, dass der beanspruchte Status „Wissenschaftler“ eine Verkleidung wäre, wie heute bei den Dieben, die sich als Polizisten verkleiden. Und eine solche Vermutung könnte ich nur als böswillige Unterstellung zurückweisen. Aber auf eine plausible Erklärung der unwissenschaftlichen Haltung gegenüber der Freiwirtschaftsschule seitens der Gesellschaftswissenschaften, die bis heute anhält, warte ich immer noch. Und eine Antwort zu provozieren, ist ja Teil meiner Motivation den vorliegenden Text noch zu fertigen.

Die Textauszüge aus Karl Walkers Buch von 1931 bringe ich auch in den Anhang 176.1. Weil

ja das Thema *Imperialismus* wieder aktuell ist, überlege ich, ob ich Walkers Schrift „Überwindung des Imperialismus“ von 1946, 80 Seiten, noch einscane und unter der Textziffer 175.2 auf meiner Internetseite veröffentliche. Ich fühle mich zur Zeit mit dieser Arbeit überfordert. Also setze ich ein ?

Als Karl Walker (* 4. Januar 1904[1] in [Straßburg](#);[2] † 5. Dezember 1975 in [Berlin](#)) das Buch „Das Problem ...“ schrieb, war er als Buchbindergeselle in Berlin gelandet. Er war vorher an anderem Ort bei seiner beruflichen Tätigkeit auf Schriften von oder über Gesell auf diesen aufmerksam geworden. Und war nach Berlin gezogen, um Gesell kennenzulernen. Den hat er aber nicht mehr erlebt. (* 17. März 1862 in Sankt Vith, Rheinprovinz; † 11. März 1930 in der Obstbau-Genossenschaft Eden bei Oranienburg)

Walker hat seinen Vater nie kennengelernt, der ist in Afrika gestorben. Als Kind hat er einen Unfall gehabt, der ihn zum Krüppel machte. (Damals ein unverdächtiger Begriff wie der heutige Begriff Behinderter.) Seine Bildung erhielt er in einer Klosterschule. Für den Besuch einer Hochschule hatte er nie eine Chance. Eine Gedenkschrift aus Anlass seines Todes findet sich in der *Kleine(n) freiwirtschaftlichhen bibliothek* unter www.trisan-abromeit.de .

http://www.trisan-abromeit.de/pdf_bibliothek/56.24%20Lindner%20Hrsg.Walker.pdf

Zu Silvio Gesell, dem erdverbundenen Währungstheoretiker

Da über Jahrzehnte versucht wurde, den Zulauf zur Freiwirtschaft mit Faschismusvorwürfen zu blockieren, ist es sinnvoll auf dieses Thema einzugehen. Festzuhalten ist, dass diese Vorwürfe von Außenstehenden, die es besser wussten, nicht zurückgewiesen wurden, a) weil sie Angst hatten, selber von der Faschismus(vorwurf)keule getroffen zu werden, oder b) weil das andersartige Deutungsangebot vom Kapitalismus und den von ihm verursachten Störungen so zu einem Tabuthema in der öffentlichen Diskussion gemacht werden konnte. Ich habe nicht herausgefunden, ob eine bezahlte Desinformation dahinter stand oder ideologisch geprägte Platzhalter-Attitüden aus den Reihen der Marxisten oder der Schein-Marktwirtschaftler. Das ist letztlich auch egal, bezahlen müssen dafür die „kleinen Leute“ um deren Wohlergehen sich die Verleumder angeblich bemühen. Dass sich in der Untergangsphase der Weimarer Republik auch Freiwirte in der NSDAP eingefunden haben wird gar nicht geleugnet. Wundern können sich darüber nur Zeitgenossen, die die NSDA und Folgen nur im Rückblick betrachten und nicht aus der Situation des Chaos, das die demokratischen Parteien angerichtet hatten. Wie in allen Gruppen mit idealistischen Anliegen, gab es dagegen auch unter den Freiwirten Wider-

spruch, wie mir der Faschismusforscher Arno Klönne in einem Brief bestätigt hat.

(https://de.wikipedia.org/wiki/Arno_Kl%C3%B6nne)

Aufgehängt wurde und wird der Faschismus- und Antisemitismusvorwurf auch am Thema Zins, weil dieser auch bei den Nazis programmatisch-theoretisch aber nicht praktisch ein Thema war. Die Behauptung ist einfach albern. Jede Gruppe – egal in welcher Form –, die auf die Gesellschaft einwirken will, muss sich auf die wirklichen Probleme der Gesellschaften einlassen. Das Zinsproblem besteht auch heute noch, und zwar in allen Gesellschaften, und zwar unabhängig davon, ob die Kritiker der Zinskritik es sehen oder nicht. In den Medien ist es auch immer noch ein Thema, aber meistens so, dass es nicht wirklich informiert. Hoffentlich geschieht das aus Unwissenheit und nicht aus Berechnung.

Gesell selber hat mit Juden zusammengearbeitet und gleich in der zweiten Arbeit im ersten Band der Gesammelten Werke (1891 – 1894) legt er sich für die Juden ins Zeug. Der Titel lautet: „Die Verstaatlichung des Geldes – Zweite Fortsetzung zur Reformation im Münzwesen“

Buenos Aires: Selbstverlag 1892.

Die Judenfrage.

Bei dem heutigen Geldwesen hat der Geldinhaber dem Wareninhaber, d. h. dem Produzenten, gegenüber große Vorrechte und wenn er aus diesen Vorrechten Nutzen zu ziehen sucht, so tut er nicht mehr, als jeder andere an seiner Stelle auch tun würde.

Die Juden beschäftigen sich nun mit Vorliebe mit Geldgeschäften und ist es klar, daß diese Vorrechte des Geldinhabers drum auch vorzugsweise den Juden zu Gute kommen.

Hat aber darum Herr Stöcker ein Recht, die Juden zu verfolgen?

Ist nicht das Geld eine öffentliche Einrichtung, kann nicht jeder, wenn er dazu befähigt ist, den Juden Konkurrenz machen, hat nicht schon jeder, selbst Herr Stöcker, den geheimen Wunsch gehegt, selber Bankier zu sein?

Die Judenhetzerei ist eine kolossale Ungerechtigkeit und eine Folge einer ungerechten Einrichtung, eine Folge des heutigen Münzwesens.

Wo Aas ist, da versammeln sich die Adler; will man die Adler vertreiben, so braucht man die Lockspeisen nur fortzuschaffen und die Adler werden von selber verschwinden, ohne daß es nötig sein wird, auch nur einen einzigen zu töten.

Die Münzreform macht es unmöglich, daß jemand erntet ohne zu säen, und die Juden werden durch dieselbe gezwungen werden, die Verwertung ihrer großen geistigen Fähigkeiten nicht mehr im unfruchtbaren Schacher zu suchen, sondern in der Wissenschaft, Kunst und ehrlichen Industrie.

Die Münzreform schützt die Juden nicht allein vor jeder weiteren Verfolgung, sondern sie sichert auch der deutschen Wissenschaft und Gesetzgebung die Mitwirkung des jüdischen Scharfsinnes. (S. 140)

Bei diesem Thema fällt mir Nahum Goldmann wieder ein, den ich auch schon in anderen Texten zitiert habe. Er schreibt in seinem Buch „*Mein Leben. USA – Europa – Israel*“:

Die Kurve meines Lebens und meiner Tätigkeit, wie sie im ersten Band dargestellt wurde, begann gewissermaßen an einem Gipfel jüdischer Existenz - der Lage der Juden in der Weimarer Republik, dem erfolgreichsten und schöpferischsten Kapitel der gesamten jüdischen Galut-Geschichte - doch mit dem Wachstum der nationalsozialistischen Partei und besonders der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler, führte die Linie abwärts, in eine entschieden antisemitische Politik, die dann in der grausigsten Katastrophe jüdischer Geschichte, der Vernichtung von sechs Millionen europäischer Juden, endete. (S. 8)

Wenn die Lage der Juden in der Weimarer Zeit so großartig war, wie kann dann der Antisemitismus und das völkische Denken die Ursache gewesen sein für das große Morden? Das Morden unter der Hakenkreuzfahne wurde erst möglich, als demokratischen Parteien, durch das ökonomische Elend, das sie durch ihr stupides Verhalten gegenüber währungspolitischen Fakten erzeugt hatten, die Republik in den Konkurs geführt hatten. Und dieses Verhalten haben sie im Grunde genommen nach dem Krieg bis heute weiter gepflegt. Das Ergebnis dieser Gesinnung wird am Ende auch schaurig sein.

Nahum Goldmann schreibt auch:

Vom Standpunkt des Individuums, nicht kollektiv gesehen, deutet die Frage der jüdischen Gleichberechtigung darauf hin, wie schwer es ist, die Normalisierung mit der Einzigartigkeit zu vereinen. Das Bewußtsein der Juden von ihrer Auserwähltheit war stets einer der tieferen Gründe für den Antisemitismus. Wenn Männer wie Voltaire, Kant, Diderot oder Herder - um nur einige wenige zu nennen -, Vorkämpfer für Gleichheit und Freiheit, Juden, um es milde auszudrücken, nicht mochten, kann dies nur darauf zurückzuführen sein, daß sie die von ihnen aus gesehene Überheblichkeit des jüdischen Volkes, als einziges von dem einzigen Gotte auserwählt zu sein, nicht dulden konnten und als arrogant betrachteten.

Der bedeutende Wirtschaftsgelehrte Werner Sombart, der die Juden für einen Hauptfaktor in der Schaffung des modernen Kapitalismus und ihre Leistungen als einen Beitrag zum Fortschritt der Geschichte ansah, äußerte einst den Gedanken, daß die Juden sicher Anrecht hätten, gleichberechtigte Bürger zu sein, daß sie aber, solange sie an ihrer Einzigartigkeit und Besonderheit festhielten, diese Gleichberechtigung mit großem Takt benutzen sollten. Ich erinnere mich sehr wohl einer heftigen Debatte in Frankfurt am Main, als ich, noch ein Jüngling, seine These verteidigte, die unter der deutschen Judenheit viele Proteste erweckt hatte. (S.20)

Zum ersten Absatz: Ich kann mich gut in die Situation hineindenken. Ich bin in einem gemischt katholisch-evangelischem Gebiet groß geworden. Nach dem Krieg spielte die Konfessionszugehörigkeit eine große Rolle. Von der Haltung im Alltag abgeleitet, fühlten beide Gruppen sich als die Auserwählten.

Zum zweiten Absatz: Hier wäre nützlich zu wissen was Werner Sombart unter Kapitalismus verstanden hat. Wenn Sombart mit Kapitalismus das Geldgeschäft gemeint hat und nicht die Marktwirtschaft, dann hat er gleich einen weiteren Grund für den Antisemitismus benannt. Vor langer Zeit galt für die Juden in deutschen Lande ein Berufsverbot für die ehrlichen Berufe. Es werden dafür religiöse Gründe genannt. Ich vermute, dass der christliche Glaube auch zur Konkurrenzabwehr missbraucht wurde. Die Juden – wenn sie überleben wollten – waren also gezwungen, sich in den nicht ehrlichen Berufen zu betätigen. Zu den nicht ehrlichen Berufen gehörte das Geldgeschäft.⁴ Dass dann dabei Juden waren, die besondere Fähigkeiten entwickelten, ist kein Wunder. Aber es waren immer einzelne und nicht alle. Was sich aber negativ ausgewirkt hat, war (und ist) dass das Geldsystem bzw. die Währungen mit Systemfehler belastet war (und ist) und diese Systemfehler im Geldsystem, die Auswirkungen auf alle Bürger hatten, wurden dann den Juden angelastet. Gesell war wohl der erste, der den Zusammenhang klar erkannte und darum sagen musste, dass die Judenhetze eine große Ungerechtigkeit ist. Und zu bedenken ist, dass jene Juden und Nichtjuden, die mit ihren Fähigkeiten das fehlerhafte Geldsystem nutzten und nutzen immer nur eine klitzekleine Minderheit ist. Die Mehrheit der Menschen einschließlich der Juden leiden unter dem fehlerhaften Geldsystem.

00000

Einschub 2

Die Aufklärung der politischen Israel-Besucher und die Selbstgeißelung der deutschen Philosemite, haben kein Gespür dafür, dass sie mit der Zelebrierung des fast tägliche Schuldkultes das Gegenteil von dem bewirken, was den Juden Respekt, Schutz und Zuneigung bringen

4 Es gibt wohl keine eindeutigen Verzeichnisse, welche Berufe als ehrlich und welche als unehrlich galten.

würde. Die Deutschen, die in die Hitlerzeit hineingeboren wurden oder später das Licht der Welt erblickt haben, sind genauso Opfer des Geschehens im „Dritten Reich“ wie die Juden gleichen Alters – egal wo sie wohnen –, sie wurden aber für die Wiedergutmachung, sie wurden aber für die Wiedergutmachung – die wenig gut macht – von Beginn an eingespannt und sollen als Morgengebet täglich ein Bekenntnis ihrer Schuld ablegen. Im gleichen Atemzug wird ihnen aber unglaublich vermittelt, es gäbe keine Kollektivschuld.

Um die Gegenwart zu bewältigen ist ein gewisses Maß an Vergessen der Vergangenheit erforderlich. Die ständige Wiederholung, dass wir das Morden in der Nazizeit nicht vergessen dürfen, behindert obendrein die Aufklärung darüber, warum Deutschland, das Land in dem die „Lage der Juden in der Weimarer Republik, dass das erfolgreichste und schöpferischste Kapitel der gesamten jüdischen Galut-Geschichte“ zuzurechnen ist, zum Land des Massenmordes wurde. Mein Eindruck ist, dass die Aufklärung im Kleide der Propaganda gegen den Antisemitismus diesen eher fördert als abbaut.

Was wichtig wäre, ist, das an historischen Beispielen aus der ganzen Welt dokumentiert werden um zu zeigen, unter welchen Bedingungen Teile einer Gesellschaft andere Teile der eigenen oder anderer Gesellschaften unterdrücken, quälen und ermorden. Ich habe den Eindruck, dass diese Forschung nicht betrieben wird, weil es die Nachgeborenen dieser schrecklichen Zeit entlasten könnte. Das könnte sie zu einem politisch aufrechten Gang verführen, den man ihnen zwecks leichter Manipulation anscheinend nicht zubilligen will.

Ich habe vor vielen Jahren eine Reihe Bücher jüdische Autoren aus einem Papiercontainer gerettet, darunter mehre Bücher von Ludwig Freund, geb. 1898, bis 1933 aktiv im Reichsbund jüdischer Frontkämpfer, der 1934 in die USA emigrierte und 1959 zurückkehrte. Er war Professor für Soziologie und Politikwissenschaft. Er schreibt in seinem Buch „Aussenpolitische Grundsätze, 1963, auf der Seite 56:

Einer klug abwägenden, doch zielbewußten deutschen Interessenvertretung im Ausland stehen aber nicht nur fremde deutschfeindliche Bestrebungen und Engegeistigkeiten im Wege, sondern auch eine durch den Nazistaat indirekt verschuldete Atrophie staatspolitischer Gesinnung bei auffällig zahlreichen Repräsentanten bundesdeutscher Intelligenz. Diese oftmals an geistig prominenter Stelle befindlichen Kreise verdächtigen gerne jede kraftvolle, bei anderen Völkern als normal empfundene Betätigung staatlichen Lebenswillens. Die berechtigte Scham über die Nazivergangenheit, der Wille, einem ähnlichen Verfall der Staatsmoral vorzubeugen sind billigenwerte Züge, nur kann man des Guten zu viel tun. Die Übertreibungen der guten Absicht haben ein intellektuelles Klima erzeugt, in welchem zwar oft das seltsame Lob der Manifestationsweisen eines krassen Nationalismus gewisser fremder Staaten und Völker in nahen und fernen Erdteilen erklingt, dem eigenen Volke aber ein nationales Schuldbewußtsein auch für die kommenden Generationen angezuechtet wird. Ihm soll anscheinend nur die Begeisterung für europäische und weltweite Kooperation anstehen, nicht, wie das bei den anderen Völkern dabei immer noch normal und üblich geblieben ist, unter gleichzeitiger Achtung für die Sonderart des eigenen Volkstums.

Das deutsche Volkstum und die deutsche Geschichte haben ja schließlich nicht nur das abscheuliche Phänomen des Hitlertums hervorgebracht. Es muß entweder zu einer verhängnisvollen Selbstverachtung oder zu einer nicht minder gefährlichen,

unteilbaren Kluft zwischen Intelligenzschicht und Volk führen, wenn die positiven Leistungen deutscher Vergangenheit kaum noch mit Stolz verzeichnet werden dürfen, während alle anderen Völker mit berechtigtem, nicht selten sogar übertriebenem Selbstbewußtsein bei den Großtaten ihrer geistigen, politischen, ja militärischen Vergangenheit verweilen.

00000

Einschub 2 Ende

Ich habe in jüngster Zeit das Buch „*21 Lektionen für das 21. Jahrhundert*“ von Yuval Noah Harari gelesen. Harari ist ein wunderbares Buch gelungen, dass Vorurteile und versteinerte Überzeugungen überwindbar macht. Folgen kann ich Harari nur nicht bei der Schilderung der möglichen Entwicklung und Wirkungen künstlicher Intelligenz und der konstanten Existenz des Kapitalismus in der Entwicklung der Menschheit. Hier merkt man, dass er sich nicht genügend mit diesem Komplex auseinandergesetzt hat, sonst hätte er den Begriff Kapitalismus aufgeteilt in Marktwirtschaft und Bewirtschaftung des Menschen durch den Menschen. Die Bezeichnung des Kapitalismus als Bewirtschaftung des Menschen habe ich in einem der fünf Bände von Johannes Kleinhappl gelesen. Kleinhappel war ein Gegenspieler von Oswald von Nell-Breuning (*Den Kapitalismus umbiegen*). Kleinhappl wurde von der katholischen Kirche mit Lehrverbot bedacht. Ernst van Loen hat seinen Nachlass ans Tageslicht gebracht. Aus dem Band Christentum und Kapitalismus bringe ich nach Harari noch ein Zitat.

Bei Harari hat mich die Hinführung zum dritten Teil „**Verzweiflung und Hoffnung**“ besonders beeindruckt.

Obwohl wir vor beispiellosen Herausforderungen stehen und die Meinungsunterschiede enorm sind, kann die Menschheit diese Situation meistern, wenn wir unsere Ängste unter Kontrolle halten und bei unseren Ansichten über die Welt etwas mehr Demut an den Tag legen.

In dem Abschnitt „Jüdische Physik, christliche Theologie“ ist bei Harari zu lesen:

Zusammenfassend lässt sich also sagen: Zwar leistete die jüdische Betonung des Lernens vermutlich einen wesentlichen Beitrag zum außergewöhnlichen Erfolg jüdischer Wissenschaft, doch waren es nichtjüdische Denker, die den Grundstein für die Leistungen von Einstein, Haber und Freud legten. Die wissenschaftliche Revolution war kein jüdisches Projekt, und Juden fanden erst dann ihren Platz darin, als sie die Jeschivas verließen und an die Universitäten gingen. Tatsächlich stellte die jüdische Gewohnheit, die Antworten auf alle Fragen mittels Lektüre antiker Texte zu suchen, ein beträchtliches Hindernis bei der jüdischen Integration in die Welt der mo-

dernen Wissenschaft dar, wo Antworten das Ergebnis von Beobachtung und Experiment sind. Wenn die jüdische Religion selbst irgendetwas an sich hat, das zwangsläufig zu bahnbrechenden wissenschaftlichen Erkenntnissen führt, warum war es dann so, dass zwischen 1905 und 1933 zehn säkulare deutsche Juden Nobelpreise in Chemie, Medizin und Physik einheimsten, im gleichen Zeitraum aber kein einziger ultraorthodoxer Jude oder auch nur ein bulgarischer oder jemenitischer Jude irgendeinen Nobelpreis zugesprochen bekam?

Bevor ich hier in den Verdacht gerate, «jüdischem Selbsthass» zu frönen oder gar ein Antisemit zu sein, möchte ich betonen, dass ich nicht behaupte, das Judentum sei eine besonders böse oder mit besonderer Unwissenheit geschlagene Religion. Ich will nur sagen, dass es für die Geschichte der Menschheit nicht besonders bedeutsam war. Über viele Jahrhunderte war das Judentum die bescheidene Religion einer kleinen verfolgten Minderheit, die sich lieber der Lektüre und der Kontemplation hingab, als ferne Länder zu erobern und Häretiker auf dem Scheiterhaufen zu verbrennen. (S. 260 f.)

Ich verstehe Harari hier auch als Bestätigung von Nahum Goldmanns Aussage zu der Situation der Juden in der Weimarer Republik über das erfolgreichste und schöpferischste Kapitel in der gesamten jüdischen Galut-Geschichte. Ich habe jetzt aber nicht geprüft, ob beide Autoren (Goldmann und Harari) den gleichen Zeitraum im Blick haben.

Und später in dem Abschnitt Verzweigung und Hoffnung schreibt Harari:

Der Stalinismus ist kein Einzelfall. Auf der anderen Seite des politischen Spektrums begann auch der Kapitalismus als eine sehr unvoreingenommene wissenschaftliche Theorie, verfestigte sich aber nach und nach zu einem Dogma. Viele Kapitalisten beten unablässig das Mantra von den freien Märkten und vom Wirtschaftswachstum herunter, ganz gleich, wie es in der Wirklichkeit aussieht. Egal, welche schrecklichen Folgen Modernisierung, Industrialisierung oder Privatisierung mitunter haben, tun kapitalistische Überzeugungstäter sie als bloße «Wachstumsschmerzen» ab und versprechen, das alles werde durch ein bisschen mehr Wachstum wettgemacht.

Gemäßigte liberale Demokraten waren dem säkularen Streben nach Wahrheit und Mitgefühl stärker verpflichtet, aber selbst sie lassen mitunter zugunsten bequemer Dogmen davon ab. So vertrauen etwa Liberale, wenn sie mit dem Chaos brutaler Diktaturen und gescheiterter Staaten konfrontiert sind, oftmals unhinterfragt auf das großartige Ritual allgemeiner Wahlen. Sie führen Kriege und geben an Orten wie dem Irak, Afghanistan und dem Kongo Milliardensummen aus in der festen Überzeugung, die Abhaltung allgemeiner Wahlen werde diese Orte wie durch Zauberhand in sonnenscheinreichere Varianten Dänemarks verwandeln. Und das trotz wiederholter Misserfolge und ungeachtet der Tatsache, dass diese

Rituale selbst in Ländern mit einer gefestigten Tradition allgemeiner Wahlen mitunter autoritäre Populisten an die Macht bringen und zu nichts Großartigerem als Mehrheitsdiktaturen führen. Wer aus diesen Gründen die angebliche Weisheit allgemeiner Wahlen infrage stellt, wird zwar nicht im Gulag landen, aber vermutlich einen ziemlich kalten Schwall dogmatischer Beschimpfungen abbekommen.

Natürlich sind nicht alle Dogmen gleichermaßen schädlich. So wie manche Glaubensüberzeugungen der Menschheit zugutekamen, waren auch einige säkulare Dogmen durchaus nützlich. Ganz besonders gilt das für die Doktrin der Menschenrechte. Der einzige Ort, an dem Rechte existieren, sind die Geschichten, die Menschen erfinden und sich gegenseitig erzählen. Diese Geschichten verfestigten sich während des Kampfes gegen religiöse Bigotterie und autokratische Regierungen zu einem selbstverständlichen Dogma. Zwar stimmt es nicht, dass Menschen ein natürliches Recht auf Leben oder Freiheit haben, doch der Glaube an diese Erzählung zähmte die Macht autoritärer Regime, bewahrte Minderheiten vor Schaden und schützte Milliarden vor den schlimmsten Folgen von Armut und Gewalt. Er leistete somit einen wichtigeren Beitrag zum Glück und Wohlergehen der Menschheit als jede andere Doktrin in der Geschichte. Und doch handelt es sich nach wie vor um ein Dogma (S. 280. f)

Hier zeigt sich Yuval Noah Harari doch als Kritiker des Kapitalismus, den er sonst als nicht veränderbare Konstante der Geschichte sieht.

Und jetzt erfolgt der versprochene Auszug aus dem Werk von Johannes Kleinhappl. Es ist aus dem Band *Kirchliche Kapitalismuskritik*. Ich hatte erst vor zu dem verhandelten Thema einen Ausschnitt aus dem Band *Christentum und Kapitalismus* aus dem Kapitel „Messners Darstellung der Lehre über das Privateigentum“ von der Seite 294 zu bringen, aber für den von mir eingefügten Text hatte ich bereits den Scann vorliegen.

5. Analyse von „Quadragesimo Anno“ Pius' XI. Vom 15. 5. 1931

Das vernünftige Sittengesetz als Grundlage der Kritik

Das Rundschreiben „Quadragesimo anno“ wurde im wesentlichen von P. Oswald von Nell-Breuning SJ verfaßt, wie er selber zugibt. Es ist sicher von Wichtigkeit, zu wissen, was das vernünftige Sittengesetz zu seinen in der Enzyklika gemachten Ausführungen zum Verhältnis von Kapital und Arbeit zu sagen hat. Es sollen daher im folgenden die entscheidenden Aussagen dazu der Reihe nach durchgesehen und behandelt werden.

Im Widerspruch zu der von ihnen selbst vorgebrachten, jedoch in ihren Ursachen ungenügend geklärten Klagen über gewisse Erscheinungen des heutigen Gesellschaftslebens gehen „Rerum novarum“ und „Quadragesimo anno“ trotzdem von der

unbedingten Rechtfertigung des Kapitalismus aus. Insofern schließt bereits der schwerirrig Ausgangspunkt dieser beiden Rundschreiben den Willen zu einer objektiven Klärung der wahren und wirklichen Beziehungen zwischen Arbeit und Eigentum aus.

Das Rundschreiben Q. a. spricht dem ‚eigentumslosen Nurlohnarbeiter‘ nur das Recht auf „eine gewisse Wohlhabenheit“ zu, die er sich aber nicht durch eigenen Fleiß in seiner Arbeitswelt unter dem Maßstab seines Rechtes auf vollen Arbeitsertrag und des allein daran zu messenden „gerechten Lohnes“, sondern durch Sparsamkeit, mithin durch Konsumverzicht verschaffen soll. Hier ist also nicht das Menschenrecht auf volles Eigentum an der Frucht seiner eigenen Arbeit anerkannt, vielmehr ist dieses auf den durch den Kapitalgewinn geschmälernten Lohn hin verkürzt. Wie soll er unter solchen Bedingungen dann zu der ihm zugesagten „gewissen Wohlhabenheit“ im Wege des eigenen Sparens gelangen können?

Die hier vorausgesetzte Miß- und Ungestalt des besitzlosen Arbeiters entspricht jedoch nicht der Absicht des Schöpfers. Diese wurde vielmehr erst von Menschen durch Gewaltanwendung zwischen Mensch und Mitmensch geschaffen. Denn nach Gottes Schöpfungsplan sollen Arbeit und Eigentum in der Hand des schaffenden Menschen miteinander vereinigt sein. Daher sollen sie nicht voneinander getrennt sein, wie Pater von Nell-Breuning jedoch voraussetzt. (S. 167)

Mir ist jetzt aber das gedanklich Verbindungsglied zwischen Harari und Kleinhappl abhandeln gekommen. Wahrscheinlich wollte ich zeigen, dass die Probleme der Ökonomie und besonders in deren Ausformung als Kapitalismus Menschen mit sehr unterschiedlichem ideellen Hintergrund beschäftigt haben und auch noch weiterhin beschäftigen. Ich kann so ohne Gedankenakrobatik zum Band 5 der Gesammelten Werke – die Gesells Schaffenszeit von 1906 – 1909 umfassen – kommen. Das ist besonders im Hinblick auf das ganze ökonomische Elend in der Weimarer Republik, das zu ihrem Zusammenbruch führte und auch zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges von Bedeutung.

Ich habe im Text 175.0 Sebastian Haffner Die sieben Todsünden des Deutschen Reichs im Ersten Weltkrieg“ wie folgt zitiert:

Mit »Kriegsschuld« hat das nichts zu tun. Von »Kriegsschuld« zu sprechen war nach dem Ersten Weltkrieg aufseiten der Sieger Scheinheiligkeit und Heuchelei. Schuld setzt ein Verbrechen voraus, und Krieg war damals kein Verbrechen. Er war im Europa von 1914 noch eine legitime Einrichtung, durchaus ehrenhaft und sogar ruhmvoll. Er war auch nicht etwa unpopulär. Gerade der von 1914 war es nirgends. Gejubelt wurde im August 1914 nicht nur in Deutschland, sondern ebenso in Russland, Frankreich und England. Die Völker fühlten damals alle, dass ein Krieg wieder einmal fällig war, und begrüßten

alle seinen Ausbruch mit einem Gefühl der Befreiung. Aber dass er fällig geworden war, lag an Deutschland.

Und dann habe ich mit einer Fußnote zum Vergleichen auf folgenden Text hingewiesen:

„Gab es 1914 einen Ausweg aus der Krise?
Fragt man sich, ob den Regierenden 1914 keine Möglichkeit gegeben worden wäre, die auf der gesamten abendländischen Kultur lastende Krise zu beheben, so können wir auf eine Schrift hinweisen, die schon im Frühjahr 1909 sämtlichen deutschen Landesfürsten, Ministern und Abgeordneten zugestellt worden war. Sie hieß «Aktive Währungspolitik, eine neue Orientierung auf dem Gebiet der Notenemission» und hatte als Verfasser die beiden deutschen Kaufleute Silvio Gesell und Ernst Frankfurth. In dieser Schrift von 96 Seiten Umfang war die volkswirtschaftliche Bedeutung des Geldes klar dargelegt, der Bedarf an Geld, das Maß des Geldbedarfes, waren die Folgen steigender und sinkender Preise angegeben, ferner standen darin währungstechnische Vorschläge für die Sicherung der Währung und zwar sowohl für die nationale als für die internationale Währung. In aller Deutlichkeit und Sachlichkeit war darin auch dargelegt, woher die allgemeinen Krisen rühren und, was wichtiger war, es wurde auch angegeben, wie sie verhindert und beseitigt werden könnten. Doch rührte sich damals in ganz Deutschland keine Hand, um hier etwas zu tun. Erst jagte man die Volkswirtschaft in die Preissteigerung hinein, um sie dann in der Preissenkung und Absatzstockung im Stiche zu lassen. Wenn man schon nach Verantwortlichen für den Weltkrieg von 1914 bis 1918 suchen will, so müßte man sie dort finden, wo man für die Währungspolitik verantwortlich war und diesen Warnungsruf von Gesell und Frankfurth nicht beachtete....“
Seite 85 aus „Segen und Fluch des Geldes in der Geschichte der Völker“ Bd.2 von , Fritz Schwarz, Bern 1945

Im Grunde ist das ein weiteres Zeichen für die Schwerfälligkeit der Wirtschaftswissenschaft, der es schwerfällt, vom hohen Ross herunterzusteigen. Ich will ja aber nicht Ökonomen mit glänzendem Ruf in die Verteidigungshaltung drängen, die unproduktiv ist, sondern, sie ermuntern, den Glanz ihres Namens durch Reisen in ein ihnen anscheinend unbekanntes Literaturland zu erhöhen.

Ich werde einen Auszug aus dem von Fritz Schwarz benannten Text bringen, aber vorher einen Brief von Gesell an Georg Blumenthal vom 22. April 1907. Blumenthal war der erste oder einer der ersten Mitarbeiter von Gesell.

Wortlaut des auf den Seiten 16/17 abgebildeten Briefes
von Silvio Gesell an Georg Blumenthal vom 22. April 1907
Mein lieber Freund!

Ich erhielt gestern die Broschüre über Moses und habe mich über die Ausführung recht gefreut. Ich glaube auch, daß der Verleger auf seine Kosten bzw. Arbeit kommen wird, denn der billige Preis von 30 Pfennig wird den Absatz erleichtern. Es gibt

verschiedene Lehrerzeitungen, in denen man eine Besprechung der Schrift veranlassen müßte, denn gerade die Lehrer empfinden es als eine Herabwürdigung, daß man von ihnen die Verbreitung von Märchen verlangt, an die sie selbst nicht glauben. 30 Pfennige wird sicher jeder Lehrer gerne bezahlen.

Auch der Aufruf an die Arbeiter ist gut, nur möchte ich für etwaige Wiederholungen bemerken, daß es *im Interesse der Sache* von jetzt an besser wäre, mich überhaupt nicht mehr zu nennen, sondern von der „Geld- und Bodenreform“ als von etwas bereits Bekanntem zu sprechen. Die Menschen schließen sich lieber unter einem Gedanken als unter einem Namen zusammen. Denn der Gedanke ist rein, während der Name viele Überraschungen in sich trägt (*Damaschke*). Mir kommt es aber ganz auf die Sache an, meine Person ist mir in dieser Sache ganz gleichgültig, denn ich bin frei vom Laster des Ehrgeizes bzw. der Eitelkeit. Ich habe überhaupt in dieser Sache nur mehr den Wunsch, daß meine Arbeit nicht verlorengelht und daß jetzt andere, junge und *hungrige* Männer sich der Sache annehmen. Ich habe 15 Jahre, meine besten Jahre, der Angelegenheit gewidmet und möchte nun mich mit philosophischen Fragen und Naturstudien beschäftigen, für die ich von Jugend an ein besonderes Interesse hatte. Freilich werde ich wohl dabei die Erfahrung machen, daß man den höchsten Problemen der Menschheit, daß man Gott sein ganzes Leben, nicht den schäbigen Rest schuldig ist, aber einen Blick in die Tiefen möchte ich doch noch wagen und habe so eine kleine Hoffnung, daß es mir gelingen wird. Das Zinsproblem müßte auch in Detailfragen bearbeitet und namentlich durch statistische Arbeiten erläutert werden. Vielleicht findet sich mit der Zeit jemand, der sich dieser Aufgabe widmet.⁵ Jetzt sind es nur mehr wenige Tage, daß Sie für den König arbeiten, und ich freue mich mit Ihnen über den nahen Tag, wo Sie den bunten Karnevalsrock der Abfuhr anvertrauen werden.

Mein Geschäft hier geht immer gut, und Sie brauchen sich weiter keine Sorgen zu machen. Ich werde meinen *Verpflichtungen* Ihnen gegenüber nachkommen. Leben Sie wohl, grüßen Sie auch Ihre liebe Frau Gemahlin bestens.

Ihr Freund
Silvio G.

5 Helmut Creutz ist sicher nicht der erste, der sich dieser Mühe unterzogen hat, aber er hat es am gründlichsten gemacht, ohne dass das Ergebnis die chinesischen Mauer der beamteten Wirtschaftswissenschaftler überwinden konnte.

Silvio Gesell
Buenos Aires

Ernst Frankfurth
Arosa

Aktive Wahrungspolitik

eine neue Orientierung
auf dem Gebiet der Notenemission

1909

Physiokratischer Verlag (Georg Blumenthal)

Berlin-Grolichterfelde W. Ringstr. 49

Leipzig: Bernhard Hermann

Silvio Gesell Gesammelte Werke Band 5 / Seite 83 bis 177

T.A. Text 176.0 - 40 - Inflation und mehr

Inhalt	
Der sogenannte Wert und die Währungspolitik	85
Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Geldes	88
Der Bedarf an Geld	90
Das Maß des Geldbedarfes	92
Wie man den Geldbedarf nicht messen soll	94
Der Rückfluß der Banknoten, eine Notwendigkeit der Stückelung und der industriellen Brauchbarkeit des Goldes	102
Der Goldbestand der Emissionsbanken kein Maß der Notenausgabe	110
Privat- und volkswirtschaftliche Bedeutung der Preisschwankungen	117
a) wenn die Preise steigen	119
b) Wenn die Preise sinken	129
Währungstechnische Vorschläge für die Sicherung der Währung	141
a) für die nationale Währungspolitik	141
b) für die internationale Währung	157
Internationale Währungsverständigung	162
Ausblick	168
Die Geldtheorie zur aktiven Währungspolitik	173

<<<>>>

Der sogenannte Wert und die Währungspolitik

In der bislang allgemein üblichen Behandlung der Währung wird das Verhältnis des Geldes zu den Waren ungenügend berücksichtigt. Die Währungspolitik beschränkt sich auf Maßnahmen für die Sicherung der Goldwährung. Erscheint diese außer Gefahr, so glaubt man alles in bester Ordnung. Dem Geldwesen wendet sich das öffentliche Interesse immer nur dann zu, wenn das Zusammenschrumpfen des Goldbestandes in den Notenbanken Bedenken erregt. Wächst dieser Goldbestand wieder, so ist auch die Währung wieder für eine Weile vergessen.

Auch die Wissenschaft, für die das Geldwesen doch immer noch ein schwarzer Kontinent ist und wo darum für den Forscherehrgeiz so schöne Lorbeeren winken, behandelt das Verhältnis des Geldes zu den Waren ganz besonders stiefmütterlich. Diese Behandlung beschränkt sich regelmäßig auf eine rein formale Beschreibung und dann auch oft nur auf eine nebensächliche Verwendungsart des Geldes. Die Frage, wie das Geld beschaffen sein muß, damit es seinen Zweck auf vollkommene Weise, ohne Nebenwirkung erfüllt, wird regelmäßig umgangen oder nur flüchtig gestreift. Typisch in dieser Beziehung ist das Werk Knapps „Staatliche Theorie des Geldes“ [Leipzig, Verlag von Duncker und Humboldt 1905.].

In diesem sonst so gediegenen Buch wird das Verhältnis des Geldes zu den Waren

überhaupt nicht erwähnt, das Geld nur einseitig als Zahlungsmittel, also rein juristisch behandelt; existierten keine Geldschulden, würde allgemein alles bar bezahlt, so würde Knapp jeden Stützpunkt für die Betrachtung des Geldes verlieren.

Der Grund dieser für das Geldwesen höchst nachteiligen öffentlichen Vernachlässigung liegt unseres Erachtens in dem immer noch herrschenden Wertglauben, in der von der Wissenschaft genährten Vorstellung, es hafte den Waren im allgemeinen und insbesondere

85

auch dem Geld eine eigentümliche, Wert zu nennende *Eigenschaft* an. Allerdings eine „übernatürliche Eigenschaft“, wie sie *Marx* nennt, aber immer doch eine Eigenschaft. Die gesamte Weltwährungsliteratur, die über die ganze Welt verbreitete *Marx'sche* Theorie stehen und fallen mit dieser Vorstellung. Von dieser Vorstellung bis zu der Annahme, das Geld und vornehmlich das Gold besäße jene „Wert“ genannte Eigenschaft in ganz besonders unerschütterlicher Form, ist nur ein Schritt, da jener sogenannte Wert zu den Eigenschaften der Materie Gold gerechnet wird, und das Gold vor allen anderen Körpern sich besonderer Unveränderlichkeit rühmen kann.

Verständlich ist es, wenn man bei solchem Glauben eine besondere Währungspolitik kaum für nötig hält. Erscheint denn nicht auch jedes aktive Eingreifen des Staates von vornherein als überflüssig und hoffnungslos? Ist der Wert (einerlei was darunter gedacht ist) einmal als das Wesentliche am Gelde angesehen und rechnet man diesen sogenannten Wert zu den *Eigenschaften* des Goldes, etwa wie das Gewicht zu den Eigenschaften des Eisens gezählt wird, so ist mit dem Prägen der Münzen, mit der Bestimmung ihres Gewichtes die Rolle des Staates im Geldwesen erschöpft und erledigt. Wie der Staat das Gewicht des Goldes nicht beeinflussen kann (spezifisches Gewicht 19,25), so kann er auch seinen Wert nicht verändern, wenn der Wert wie das Gewicht eine Eigenschaft des Stoffes ist. Und tatsächlich hat sich auch die Tätigkeit des Staates überall auf das Abwägen und Prägen der Münzen beschränkt. *Die Waage, das ist der ganze Verwaltungsapparat des Staates für die weitaus wichtigste aller staatlichen Verkehrseinrichtungen.* Man wird vielleicht hier einwenden, daß der Staat die Notenbanken, in Deutschland die Reichsbank, mit der eigentlichen Verwaltung des Geldes beauftragt.

Aber worauf könnte sich noch solche Verwaltung beziehen, wenn das Wesentliche am Gelde der sogenannte Wert, als Eigenschaft des Goldes, der Beeinflussung durch den Menschen ja von vornherein entzogen ist? Die Reichsbank teilt die allgemeine Ansicht, es stecke im Gold eine Eigenschaft, die man Wert nennt, und die das Wesentliche des Geldes ausmacht; und was könnte sie da an dieser Eigenschaft verwalten? Zwar existiert ein Verwaltungsrat der Reichsbank, mit Räten, Direktoren und einem Präsidenten, und man spricht auch von einer Währungspolitik der Reichsbank. Aber diese Verwaltung hat nur ein Ziel, die Sicherheit,

86

d. h. Einlösbarkeit der Banknoten. Sind die Banknoten genügend mit Gold gedeckt,

so lebt die Bankverwaltung sorglos. Zu den Waren und ihren Preisen unterhält die Reichsbank ebensowenig Beziehungen wie der Staat. Der ganze staatliche Verwaltungsapparat des Geldes, die Münze und die Reichsbank, kennt keine Warenpreise; ihm sind die Beziehungen des von ihm besiegelten Geldes zu den Waren völlig gleichgültig, und wir wüßten keine aktive Handlung dieses Verwaltungsapparates zu nennen, die sich mit Bewußtsein auf die Warenpreise richtete. Nicht eine! Staat und Reichsbank sind in dieser Beziehung vollkommen von der Wertfiktion beherrscht. [Der Reichsbankpräsident Koch gab eine Sammlung der sich auf das Geldwesen beziehenden deutschen Gesetze heraus, begleitete sie mit Kommentaren und einer Einleitung, und in dem ganzen ansehnlichen Buche kommen die Worte Preis und Ware überhaupt nicht vor.]

Dieser von Staat und Volk geteilte und fast noch unerschütterte Wertglaube hat für die öffentliche Verwaltung des Geldes den Vorteil, daß alle wirtschaftlichen Katastrophen, die aus den Veränderungen in dem Tauschverhältnis zwischen Geld und Waren hervorgehen, allen möglichen Umständen, nur nicht dem Geld und seiner Verwaltung zugeschrieben werden können. Mit Hilfe der Goldwaage beweist die Reichsbank, daß an dem Gelde sich nichts verändert, daß Gewicht und Wert der Münzen von den Hoch- und Niedrigkonjunkturen, von dem Krach, der Krise, der Arbeitslosigkeit unangetastet geblieben sei.

Wer sich vom Wertglauben hat freimachen können, wer in den Ausdrücken Wertmaß, eigener Wert, innerer Wert, Wertbewahrer usw. nichts als Phrasen sieht, wer im Tausch der Waren gegen Geld nicht das Resultat einer beiden Dingen immanenten Eigenschaft, sondern eine Handlung (oder besser zwei einseitige Handlungen der beiden handelnden Personen) wie jede andere Handlung sieht, der denkt anders über die Aufgaben des Staates in bezug auf das Geldwesen.

Für die Wertapostaten ist das Verhältnis des Geldes zu den Waren, das Tauschverhältnis, die Hauptsache am Gelde. Der Wertapostat verlangt ein festes Verhältnis zwischen Waren und Geld; und da er die Erfüllung dieses Wunsches nicht von *Eigenschaften* des Geldes erwartet, so verlangt er, daß der Staat mit derber Hand eingreifen soll, wo er bislang mit verschränkten Armen zuschaute. Der Wertapostat, der nichts von Werteigenschaften des Geldes weiß, sondern im Tausch zwischen Waren und Geld nur eine Handlung erblickt, verlangt, daß auch der Staat handeln soll, so oft sich das

87

bestehende Verhältnis zwischen Waren und Geld zu verschieben droht. Der Wertapostat verlangt, daß, wenn die Preise steigen (Hochkonjunktur) der Staat die Nachfrage nach Ware durch Einzug von Geld dämpfen soll und daß, wenn die Preise fallen, der Staat die Nachfrage durch Vermehrung des Geldangebots beleben soll. Der Wertapostat verlangt statt des heute geübten fatalistischen Zusehens zielbewußtes Eingreifen; er erwartet wirkliche *Währung* nur von einem ununterbrochenen, aktiven Regulieren.

Der gesamte Text und alle Gesammelten Werke Gesell sind im Netz frei zugänglich. Wer also die Vorschläge von Gesell und Frankfurth ganz lesen möchte, kann dort weiterlesen.

<https://www.silvio-gesell.de/gesammelte-werke.html>

Auch in diesem Beitrag von Gesell und Frankfurth wird deutlich, dass es Gesell auch immer darum ging, dass das Volk die Währungszusammenhänge versteht. In irgendeinem seiner späteren Texte habe ich gelesen, dass er mit diesem Anliegen so weit geht, dass er sagt, ohne dass die Bürger eine Vorstellung von den Währungszusammenhängen haben, ist für sie eine Demokratie gar nicht möglich. Von der heutigen Währungsgestaltung und -verwaltung habe ich den Eindruck, dass sie ein gegensätzliches Ziel anstrebt.

00000

Einschub 3

Ich füge hier einen Mail-Eingang vom 30. 09. 2022 ein. Die Erläuterung erfolgt hinterher.

Liebe Leserinnen und Leser dieser Rundmail,

wir freuen uns über die bislang eingegangenen Anmeldungen zu unserer nächsten **Fairconomy-Herbsttagung** am Wochenende **8. – 9. Oktober in der Silvio-Gesell-Tagungsstätte in Wuppertal**. Unser Gesamtthema lautet diesmal: „**Versäumnisse und Aufgaben der Geldpolitik in turbulenten Zeiten**“. Da noch ein paar Plätze frei sind, möchte ich ein letztes Mal herzlich einladen. Nähere Informationen über die Tagung finden Sie im beigefügten Flyer. Zum Anmeldeformular geht es hier:

<https://forms.gle/E96APNsV5kKJmBSw6>

Mit herzlichen Grüßen

Werner Onken

www.stiftung-geld-boden.de

Hier noch eine Zusatzinformation von Prof. Dr. Dirk Löhr:

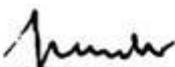
Am Umwelt-Campus Birkenfeld der Hochschule Trier wird in der Woche nach der Fairconomy-Herbsttagung der Friede-Gard-Preis für Nachhaltige Ökonomie an Prof. Steve Keen verliehen. Professor Keen ist bekannt als einer der ganz wenigen Ökonomen, die den Crash 2008 vorhergesagt haben, und gilt als herausragender Kritiker des neoklassisch-neoliberalen ökonomischen Mainstreams. Gerade vor dem Hintergrund der derzeitigen wirtschaftlichen Verwerfungen ist sein wissenschaftlicher Ansatz von besonderem Interesse. Prof. Keen wird mit dem Friede-Gard-Preis ausgezeichnet für seine mathematische Modellierung von Hyman Minskys ‚Financial Instability Hypothesis‘, für seine Arbeiten zur Modellierung einer Wirtschaft mit Energie und Rohstoffressourcen und für die Schaffung von MINSKY, einer Systemdynamik-Software speziell für die ökonomische Modellierung.

Am Donnerstag 13.10.2022 findet die Preisverleihung (Kommunikationsgebäude, für die musikalische Untermalung sorgt mit **Hemmi Donié** ein überregional bekannter Pianist aus Birkenfeld.) und am Fr./ Sa., 14./ 15.10.2022 der MINSKY-Workshop (Raum ZN 001 – Änderung vorbehalten) mit Steve Keen (beides komplett in englischer Sprache) statt. Zu bei-

den Veranstaltungen sind nunmehr Anmeldungen möglich.

Der folgende Link führt zu der Anmeldung zur Preisverleihung und/oder dem Workshop am Umwelt-Campus Birkenfeld (<https://www.umwelt-campus.de/anmeldung-friede-gard-preisverleihung>). Für uns wäre es eine Hilfe, wenn Sie unsere Nachricht an weitere potentiell Interessierte weiterleiten würden.

Mit freundlichen Grüßen


Gerd Schuster
Stiftungsgründer
Friede-Gard-Stiftung


Prof. Dr. Klaus Helling
Dekan
Umwelt-Campus Birkenfeld


Prof. Dr. Dirk Löhr
Steuerlehre und Ökologische Ökonomik
Umwelt-Campus Birkenfeld



Umwelt-Campus
Birkenfeld

H O C H
S C H U L E
T R I E R

#####

Die Termine sind sicher nicht mehr interessant, wenn diese Zeilen gelesen werden. Aber die **Silvio-Gesell-Tagungsstätte** dürfte interessant sein für Hochschul- und andere Gruppen, die sich ein Überblick über die Freiwirtschaftsschule machen wollen und Kontakte zu bestehende Arbeitskreisen schaffen wollen. Mit dem folgenden kann man sich ein Überblick über das Angebot und die Ausstattung verschaffen.

Das Gelände ist ursprünglich in der Zeit vor der Herrschaft der NSDAP von einer freiwirtschaftlichen Jugendgruppe erworben und gestaltet worden.

Die **Fairconomy-Herbsttagung** wird von der Initiative Natürliche Wirtschaftsordnung durchgeführt. 1. Vorsitzender ist Prof. Felix Fuders, der in Chile Volkswirtschaft lehrt.



Facultad de
Ciencias Económicas
y Administrativas

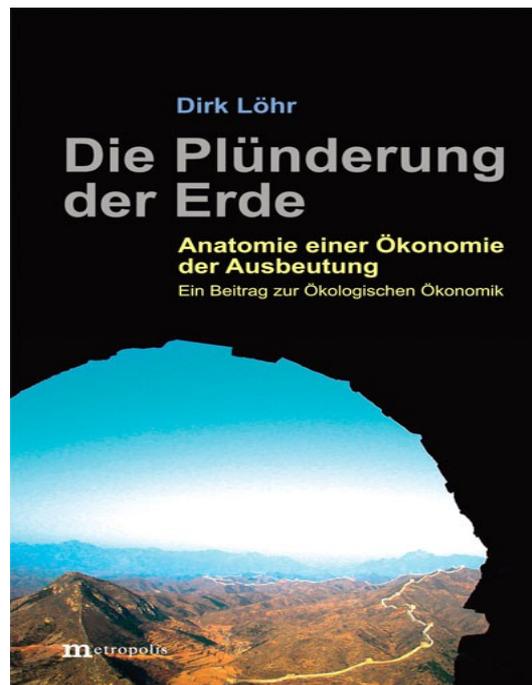
Prof. Dr. Felix Fuders
Coordinator Right Livelihood College
Campus Austral
E-mail: felix.fuders@uach.cl
Tel.: +56 63 2221601

Los Laureles N°35 Interior
Campus Isla Teja, Valdivia – Chile

www.economicas.uach.cl
<https://rlcollege.uach.cl>

Der Kontakt in Deutschland. www.inwo.de E-Mail INWO@INWO

An der Veranstaltung des Umwelt-Campus Birkenfeld kann man sehen, dass Kontakte zu Hochschulen so gut wie möglich gesucht und gehalten werden. Prof. Dr. Dirk Löhr ist schon als Student auf die Freiwirtschaft aufmerksam geworden. Einzelheiten können hier nachgelesen werden: https://de.wikipedia.org/wiki/Dirk_L%C3%B6hr



Ein Buchtitel von mehreren von Dr. Dirk Löhr.

Ende Einschub 3 00000

Michail Gorbatschow und die blinden deutschen Politiker

Deutschland hat wieder einmal einen Beitrag geleistet zu kriegerischen Gewaltausbrüchen in Europa und anderen Ländern. Das ist kein Satz von mir, der die jetzt gängige Schuldzuweisung umkehren will, sondern darauf hinweisen will, dass ein Krieg in der Regel mehrere Väter hat. Deutschland hätte auch einen Beitrag zur Entwicklung einer Friedensepoche in Europa leisten können und hat es nicht getan. Auch Unterlassungen können Schuldige erzeugen. Das Thema löst bei mir ein körperliches Unwohlsein aus. So, dass ich keine ausgewogene Darstellung mit den Ursachen des Endes der kurzen *neuen Zeit*, die mit dem Fall des Eisernen Vorhanges begann und mit Michail Gorbatschows Wirken zusammen hängt, fertigen kann. So, wie die Weimarer Republik an ihrer Ökonomie scheiterte, weil die Politiker die Chancen, die in dem Modell der Natürlichen Wirtschaftsordnung angelegt waren und sind, aufgrund ihre Blindheit durch unterschiedliche Ideologien nicht sehen oder annehmen konnten, so hat sich diese Tragödie nach dem Zweiten Weltkrieg und dann nach dem Fall des Eisernen Vorhanges wiederholt. Das Geringste was hätte geschehen müssen, die Militärbündnisse entweder aufzulösen oder so zu ordnen, dass von ihnen keine Konflikte geschürt werden konnten. Die USA, die unser Vormund ist, die wir aber auch berechtigt als Freund bezeichnen, hat ihren Anteil an

der neuen negativen Entwicklung in Europa. Und diese Entwicklung trägt die Gefahr des Flächenbrandes in Europa und darüber hinaus in sich.

Man muss den russischen Präsidenten nicht mögen und darf den Krieg, den er in Gang gesetzt hat, richtigerweise ein Verbrechen nennen, aber es ist einfach unehrlich, ihn allein für das Geschehen verantwortlich zu machen. Die Last des Krieges, die uns Jahrzehnte zu schaffen machen wird, wird ungefragt den einfachen Bürgern auferlegt. Die Berufsdemokraten, die das Volk zu dumm für ihre Geschäfte hält, nennen das dann Solidarität Deutschlands und es wird von der Verteidigung der Demokratie gesprochen, in der die Bürger nicht mitbestimmen dürfen, aber die Pflicht haben, in den Wahlen ihr Kreuz an der richtigen Stelle zu setzen. Und die „richtige“ Stelle ist auf dem Wahlzettel bei den Parteien zu finden, die schon immer unsere Republik retten - sprich, den größten Murks anrichten.

„DEMOKRATIE – Zeitschrift für Beteiligung und direkte Demokratie“ / Ausgabe 03.2022 schmückt die Titelseite mit der Frage: „**Demokratie in der Gefahr?** In einem Beitrag mit dem Titel „Niedergang der Demokratie) wird in einer Grafik die Wanderung der Weltbevölkerung hin zu den Autokratien dargestellt. 2011 lebten 49 % der Menschen in Autokratien, 2021 waren es schon 70 %. Eine Seite vorher war auf schwarzen Hintergrund in weißer Farbe folgenden Text zu lesen:

Krise der Demokratie?

Befindet sich die Demokratie als beste aller bisherigen Regierungsformen in einer Krise? Fest steht: Die Demokratie muss sich zur Zeit in verschiedenen Krisen bewähren. Fast ein Drittel der Bundesbürger glaubt, in einer „Scheindemokratie zu leben, wie eine aktuelle Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Allensbach ergab. Dabei ist der Anteil in den neuen Bundesländern mit 45 Prozent besonders hoch. Weltweit nimmt der Anteil autokratischer Regime zu. In Europa führt Russland einen Angriffskrieg nicht nur auf die Ukraine, sondern auf die demokratischen Werte insgesamt. Doch wie steht es eigentlich um die Demokratie in der Ukraine selbst? Und wie verändert der Krieg die europäische Gemeinschaft? Der Druck der Klimakrise und der gleichzeitigen Energie- und Gerechtigkeitskrise erfordert immer stärkere staatliche Maßnahmen. Führen sie zu einer Abschaffung demokratischer Beteiligung, oder kann mehr Beteiligung die Energiewende sogar beschleunigen? Der zunehmende Krisendruck führt auch zu einer Aktivierung von kollektiven Traumata, die eine gesellschaftliche Polarisierung hervorruft und gemeinsame Lösungen behindert. In diesem Themenheft untersuchen wir, wie die Demokratie aus all diesen Herausforderungen gestärkt und verändert hervorgehen kann.

Die immer stärkeren staatliche Maßnahmen bedeutet in der Folge auch: Immer weniger selbstbestimmtes Leben, immer weniger direkten Einfluss der Bürger auf die Gestaltung ihres Umfeldes und immer mehr Lebensgestaltung nach Formen der Zentralverwaltungswirtschaft. Wir machen uns etwas vor, wenn wir glauben die

Demokratie würde sich schon alleine dadurch, dass sie im Modell Vorzüge aufweist, die jenen anderer Regierungsform überlegen sind, und daher geliebt und verteidigt wird. Der Zuspruch oder die Entwicklung über die Gleichgültigkeit zur Ablehnung der Demokratie hängt von der kulturellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, die als kulturelles und wirtschaftliches Wohlbefinden erlebt wird, ab. Und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit hängt wiederum von einer störungsfreien Geldordnung ab, die herzustellen sich die Ökonomen und Parlamentarier seit Jahrzehnten verweigern.

Das Russland zum neuen Feind wurde, ist nicht allein von Russland verursacht, die USA und die Europäer unter einer negativen Führungsrolle der deutschen Politiker haben einen großen Anteil an Mitwirkung daran.

Gorbatschow, der die Tore für ein Europa ohne Grenzen geöffnet hatte, ist gestorben. Viele Deutsche trauern um ihn, aber noch mehr Deutsche – besonders in der Führungsriege – haben ihn auch durch eine verfehlte Ökonomie- und Politikberatung verraten. Und die Medien und die Politik wundern sich, dass das Ergebnis nicht gut ist. Ich habe mir die Berichte über Michail Gorbatschows Tod in der Badischen Zeitung vom 1. September 2022 und die von der HAZ vom 31. August 2022 aufgehoben. Da sind bestimmt noch Äußerungen zu lesen, die ihren Reiz haben, sie zu kommentieren. Da will ich aber nicht machen. Ich will hier nur noch zeigen, wie ich auf Gorbatschows Wirken und Werk, den Fall der Mauer und des Eisernen Vorhanges reagiert habe: Ich zeige aber nur jeweils die Hauptdateien, weil bei der Nennung aller Dateien, die zu diesen Themenbereich gehören, zu viel Platz beansprucht wird und der Zugang über die Hauptübersicht unter www.tristan-abromeit.de ja gegeben ist.

- 4.0  **[Glasnost und Perestroika](#)** (95 Seiten, 627 KB)
auch in der Bundesrepublik Deutschland
- Ein Brief an die Mitglieder des Bundestages -
Anschreiben zur Petition "Prüfung einer alternativen Ökonomie" vom *Juni 1987*
Januar 1988
- beigefügt wichtige ökonomische Daten in grafischer Form
- dargestellt und kommentiert von [Helmut Creutz](#)
-

- 5.0  **Glasnost und Perestroika in der Währungspolitik** (44 Seiten, 248 KB)
Anmerkungen und Anfragen zur Währungsverfassung und zu den Wirkungen der Politik der Deutschen Bundesbank
- Ein Brief an den Zentralbankrat - *Oktober 1989*
-

- 6.1  **Darauf kommt es an!** (108 Seiten, 610 KB)
Gedanken eines Bürgers aus der Mängel-Demokratie BRD für die Bürgerinnen und Bürger der Entwicklungsdemokratie DDR
gegen die strukturelle Ausbeutung und Unterdrückung für eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus *Dezember 1989 / Januar 1990*
-

- 9.0  **Die Verfassungs-Piraten**
Arbeitsmappe für:
- parlamentarische Verfassungskommissionen
- Bürgerrechtsvereinigungen
- mit dem Thema befasste Einzelpersonen und Institutionen
November 1991 (68 Seiten / 1 MB)
-

- 10.0  **Verfassungsbeschwerde**
über die Entmündigung bei der Formulierung und Verabschiedung der fälligen neuen Verfassung und Antrag auf einstweilige Anordnung der Unterlassung der Ratifizierung der Maastrichter Verträge zur europäischen Währungsunion durch den Deutschen Bundestag
Oktober 1992 (40 Seiten / 2147 KB)
-

- 11.0  **Gebt die Rolle der Verfassungspiraten auf!**
Eine Mahnung und Warnung bzw. eine Anklage als Offener Brief an die Mitglieder des Niedersächsischen Landtages, des Bundesrates und des Bundestages - *April / Mai 1993*

<<<<<<>>>>>>

Klarstellungen

- 174.6  **DENK-ZETTEL ZUR ENERGIEPOLITIK für die F.D.P. , 1977 /
Brief an den Vorsitzenden der Obersten Sowjets von Rußland, 5. 9. 1990 /
Niedersächsischer Landtag 75 Jahre ohne demokratische Legitimation 12.12.
2022**
von TA (17 Seiten / 3,50 MB)
- 174.7  **Thema Inflation** / Brief an den Chefredakteur Herrn Giovanni di Lorenzo der Wochenzeitung DIE ZEIT vom 9. April 2022 von TA (10 Seiten / 1,65 MB)

In der Datei 174.6 sind folgende Texte enthalten:

a) Denk-Zettel zur Energiepolitik

Der Denkwettel wurde erstellt von T.A. im September 1977 für die Mitglieder des Landesfachausschusses Wirtschaft der Nieders. FDP

b) T.A. Brief an den Vorsitzenden der Obersten Sowjets von Rußland an Herrn Boris Jelzin vom 5. September 1990 mit Antwort eines Ökonomen einer Expertengruppe

c) T.A. An die Präsidentin des Niedersächsischen Landtages, Frau Andretta
75 Jahre Bestand des Landes Niedersachsen und noch keine demokratische Legitimation

In der Datei 174.7 sind folgende _Texte enthalten:

a) Brief an den Chefredakteur Herrn Giovanni di Lorenzo der Wochenzeitung DIE ZEIT vom 9. April 2022 von TA

b) EZB verringert Anleihekäufe schneller als geplant aus Fairconomy / 14. 03. 2022

c) Kommentar zu einem Beitrag von Vlado Plaga im Fährconomy-Newletter Nr. 82 vom März 2022

>> Weil die Energiepreise Haupttreiber der Inflation sind, werden wir unweigerlich mit den wirtschaftlichen Folgen der Sanktionen gegen Russland auch selber konfrontiert werden.<<

Sätze in ähnlicher Form hört man zurzeit häufig und werden auch in den Medien verbreitet, die von sich sagen, dass sie nicht lügen. Die Frage ist nur, stimmt das überhaupt?

<<<<<<>>>>>>

Kurze Anmerkungen zum Euro

Die einheitliche Währung für die Mehrzahl (19 von 28) der Mitglieder der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion hat durchaus einen Sinn. Der Mangel liegt

- a) in einen Verrat von demokratischen Prinzipien bei der Einführung und in der Unverständlichkeit der ganzen Konstruktion für den Durchschnittsbürger
- b) in dem Mangel der Ausführungsbestimmungen und in der Währungstheorie, die dem Euro zu Grunde liegt und
- c) in der Aufblähung des Europäischen Zentralbank-Systems.

Der Idee der Unabhängigkeit der Zentralbanken liegt zugrunde, dass die Parlamente nicht in Versuchung kommen, dass sie den bequemen Weg über die Notenpresse für den Finanzierungsbedarf des Staates benutzen, statt den über die Steuer und die Verschuldung (ohne Ausweichmöglichkeit über die Zentralbank) auf dem Kapitalmarkt.

Der Artikel III-185 im Kapitel II Wirtschafts- und Währungspolitik in dem Vertrag über eine Verfassung für Europa lautet:

(1) Das vorrangige Ziel des Europäischen Systems der Zentralbanken ist es, die Preisstabilität zu gewährleisten. Soweit dies ohne Beeinträchtigung dieses Ziels möglich ist, unterstützt das Europäische System der Zentralbanken die allgemeine Wirtschaftspolitik in der Union, um zur Verwirklichung der in Artikel I-3 festgelegten Ziele der Union beizutragen. Das Europäische System der Zentralbanken handelt im Einklang mit dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb, wodurch ein effizienter Einsatz der Ressourcen gefördert wird, und hält sich dabei an die in Artikel III-177 genannten Grundsätze.

Die höchste Unterstützung, die das Europäische System der Zentralbanken für die allgemeine Wirtschaftspolitik der EU liefern kann, ist die Preisstabilität des Euros ohne Nebenwirkungen.

Um das bewältigen zu können:

- a) muss das Geld eindeutig definiert sein und in einem gleichmäßigen Fluss gehalten werden so dass eine Dauerkonjunktur unabhängig von Zinssätzen aufrechterhalten wird.
- b) Das schließt aus, dass die Zentralbanken der Mitgliedsländer die Hausbank der jeweiligen Regierungen der Mitgliedsländer der EU sein können und
- c) die Landes-Notenbanken auch keine Refinanzierungsanstalten der Geschäftsbanken sein

können

- d) Außerdem stehen einer funktionsgerechten Notenbank keine Geschäfte am Devisenmarkt zu.
- e) Die Mindestreserve der Geschäftsbanken bei der Zentralbank sind ein rechtlich und funktional nicht zu begründender Eingriff in die Einlagen mit legitimen Ansprüchen ihrer Kunden auf Güter im Markt. Dieser Eingriff in das Kreditvolumen, das die Einleger ihren Geschäftsbanken auf Zeit zur Verfügung stellen, ist rechtlich und funktional nicht zu vertreten.
- f) Der Begriff und die Tatsache von Währungsreserven (bei den Notenbanken und Unternehmen) ist ebenfalls widersinnig, weil sie – so weit sie bar gehalten werden – wie Geldhorte wirken und die Kontrolle der Notenbanken über den Fluss des Geldes sabotieren. Der Währungsaustausch über die Grenzen der jeweiligen Gültigkeitsbereiche ist über eine Clearing-Institution vorzunehmen. Modelle für eine solche Institution wurde sowohl von Keynes wie auch von Gesell entwickelt. Ein besonderes Problem ist, wenn eine nationale Währung aufgrund politischer Macht zu einer internationalen Währung umfunktioniert wird.
- g) Der Zentralbank eine Kontrolle der Geschäftsbanken zuzubilligen, wäre nur dann gerechtfertigt, wenn die Geschäftsbanken tatsächlich Kredite oder Geld schöpfen könnten. Wenn das aber so wäre, dann müssten alle Geschäftsbanken (verstaatlichte) Filialen der Zentralbank werden. Diese Funktion ist aber ein Ausfluss von irrigen Vorstellungen über die Kreditschöpfung der Geschäftsbanken.
- h) Der Notenbank ist auch keine demokratisch nicht legitimierte Politik zuzubilligen.
- i) Noch ein Punkt: Die Klage nicht weniger Zeitgenossen, die sich mit Währungsfragen beschäftigen, haben zum Inhalt, dass die nationalen Zentralbanken in der Währungsunion nicht mehr den Wechselkurs als Instrument der Wirtschaftsförderung festsetzen können. Diese Klage ist unbegründet, denn die Wechselkursmanipulationen sind nur in einem System fixierter Wechselkurse möglich. Und fixierte Wechselkurse sind so von Problem beladen, dass es Dummheit ist, sich diese zu wünschen. Außerdem ist es so, dass der Binnenhandel die Kosten tragen muss, die die Förderung des Außenhandels durch unterwertig fixierte Wechselkurse erhält.

Ich beanspruche nicht, dass diese Aufzählung frei von Irrtümern ist und fühle mich nicht als Vertreter einer mächtigen Partei, die glaubt, das Recht zu haben, die Institutionen unserer Republik nach ihren Vorstellungen zu formen. Ich habe nur Punkte aufgezählt, die dringend in den Parlamenten, in den Forschungsinstitutionen, in den Banken und den Zentralbanken durchdacht werden müssen.

Ich will noch ein paar Anmerkungen machen über den Zins zur Inflationsbekämpfung und den Ukraine Krieg als Ursache der Inflation. Und ich füge noch ein paar Grafiken aus dem Buch Geld und Geldpolitik der Deutschen Bundes aus der virtuellen Ausgabe mit einem Vorwort

von Ihnen Herr Dr. Nagel ein. (Ausgabe Frühjahr 2022)

Die Einleitung des Vorwortes:

Vorwort

Überall begegnet uns Geld. Wir verdienen es, wir geben es aus, wir sparen es. Wir nutzen es als Bargeld, zahlen mit der Karte, mit dem Handy oder überweisen von unserem Bankkonto. Doch was ist eigentlich Geld und wo kommt es her? Wovon hängt der Wert des Geldes ab? Was ist Inflation und wann spricht man von Deflation? Und welche Aufgaben hat dabei eine Zentralbank? So selbstverständlich wie wir Geld benutzen, so schwer verständlich erscheinen uns die Hintergründe. ...

Dr. Joachim Nagel
Präsident der Deutschen Bundesbank

Es würde sich sicher lohnen, Seite für Seite dieses weit verbreiteten Buches lesend durchzugehen und jene Stellen und Seiten zu kommentieren, die einem unverständlich sind oder das, was einem darüber hinaus als fraglich erscheint, mit Bemerkungen zu versehen. Das kann ich aber nicht leisten – jedenfalls jetzt nicht. Das Buch ist aber informativ. Es empfiehlt sich für den Einsteiger in das Thema wie auch für den Kritiker unserer Währungsordnung. Ich greife hier nur ein paar Stichworte und Grafiken auf, um sie mit Anmerkungen zu versehen.

Geld als Wertaufbewahrungsmittel

Manch einer möchte Geld aufbewahren, um damit an einem anderen Ort oder später einzukaufen. Oder man spart das Geld für größere Anschaffungen. Oder man verleiht es – dann kann jemand anderes das Geld nutzen. Geld erweitert so unseren Handlungsspielraum. Es ist ein Motor für wirtschaftliche Entwicklung. Um den Wert aufzubewahren, muss Geld haltbar und wertbeständig sein. Da das Geld heute keinen eigenen Materialwert mehr hat, kommt es darauf an, den aufgedruckten Nominalwert zu erhalten. Staatliche Zentralbanken haben die Aufgabe, diesen Geldwert zu sichern.
(Seite 11)

Schon in dieser einfachen Schilderung im Erscheinungsbild des Selbstverständlichen liegt großer Sprengstoff. Das Geld wird ja im Punkt 1 der Gliederung des Buches als Tauschmittel vorgestellt, das die Arbeitsteilung ermöglicht. Aber die Funktion des Wertaufbewahrungsmittels blockiert die Funktion des Geldes als Tauschmittel. Nicht nur, dass die Wertaufbewahrungsfunktion den Güterfluss im Markt hemmt und Wirkungen auf die Konjunktur hat, sondern sie macht es der Zentralbank auch unmöglich die Menge der umlaufenden Geldmenge,

die für die Preisniveaustabilität richtig ist, zu bestimmen. Es macht sich auch hier die unklare Benennung von Geld bemerkbar. Sparen von Einkommen in Form von Bargeld über das Maß hinaus, das für den Konsum in kurzen Zeitabschnitten benötigt wird, ist eben horten, weil es den Gütertausch blockiert und tendenziell Arbeitslosigkeiten und Pleiten vorprogrammiert. Die Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes in größerem Umfang oder für längere Zeiträume hat in der Form des Sparens durch Übertragen der Kaufkraft auf Zeit an eine Bank oder als Kredit an eine Privatperson oder -gruppe zu erfolgen. Damit hier eine wirkliche Werthaltigkeit erzeugt wird, muss das Bargeld ständig im Geldkreislauf fließen.⁶

Die Einführung von Papiergeld löste den Geldwert vom Material des Geldes. Geld ist in Form von Banknoten nicht nur bequemer zu transportieren, sondern auch erheblich billiger herzustellen. Theoretisch könnten unbegrenzt Banknoten hergestellt werden. Die Kontrolle über den Geldumlauf haben deshalb staatliche Zentralbanken erhalten. (Seite 16)

Extra ausgewiesen wird noch gesagt: „Der Wert von Papiergeld ist unabhängig vom Material“ Diese erforderliche Einsicht war den Verantwortlichen in der Zeit der Weimarer Republik nicht möglich und verführte sie dazu, wieder eine mit Gold verbundene Währung einzuführen. Das wurde dann die Ursache dafür, dass die Wirtschafts- und Währungskrise von 1929 nach Deutschland übertragen wurde. Hiergegen haben die Freiwirte und wenige Wissenschaftler aus den Hochschulen vergeblich gekämpft. Als Dank ernteten sie dafür Spott und Hohn.

Buchgeld (Giralgeld)

Neben dem Papiergeld bildete sich in den großen Handelsstädten in Norditalien, aber auch in Amsterdam, Hamburg und Nürnberg nahezu gleichzeitig das Buchgeld bzw. Giralgeld heraus – Geld also, das nur in den Kontobüchern der Banken verzeichnet ist. Bei den „Girobanken“ konnten Kaufleute Konten eröffnen, um dann Guthaben von Konto zu Konto zu bewegen. Zugleich begannen die Banken, ihren Kunden über Kredite zusätzliches Buchgeld zur Verfügung zu stellen. So sind Banknoten und Münzen heute nur noch ein kleiner Teil des umlaufenden Geldes.

Das „stofflose“ Buchgeld hat sich durchgesetzt. Mit jedem Kontoauszug können wir sehen, wie viel Buchgeld wir besitzen. Heute wird das Geld aber nicht mehr durch Zu- und Abschreiben in papierhaften Kontobüchern bewegt,

6 Bei der Umstellung der DM-Währung auf die Euro-Währung hätte es auch eine angemessene kurze Umtauschfrist erfordert. Dass heute noch große Mengen an DM im Bestand sind und noch in Euro umgetauscht werden, ist auch ein Unsicherheitsfaktor für die Werthaltigkeit des Euros.

sondern in Computern oder über elektronische Medien. (S. 16)

Das Buchgeld ist ein besonders großes Einfallstor für die Verwirrung in der Währungstheorie. Keiner, der Buchgeld (Giralgeld) nutzt, wird leugnen, dass es als Zahlungsmittel wie das Bargeld oder irgendwelche Sachgüter, worauf sich die Vertragsparteien einigen, eingesetzt werden kann. Aber Buchgeld ist kein Geld, sondern Ansprüche auf Bargeld. Buchgeld ist schon deshalb kein Geld, weil die Notenbank zwar heute durch ihre Zinssätze auf die Menge einen Einfluss zu nehmen versucht, aber letztlich kann sie es nicht. Aber die bestimmbare Quantität der Geldzeichen (egal ob auf Papier oder als Ziffer im Computer) ist eine der Bedingungen um einem Zahlungsmittel auch die Bezeichnung Geld zugestehen können.

Es steht auch in dem zitierten Absatz: *„So sind Banknoten und Münzen heute nur noch ein kleiner Teil des umlaufenden Geldes. Das „stofflose“ Buchgeld hat sich durchgesetzt.“* Abgesehen davon, dass das Buchgeld zu dem umlaufenden Geld gezählt wird, ist der Satz ja richtig. Im Anhang der Ausgabe von 1949 des Buches „Die Natürliche Wirtschaftsordnung“ finden sich zu dem Thema Buchgeld-Verkehr schon zwei Beiträge von Gesell im Anhang. Einer ist mit der Quelle gekennzeichnet: > Zeitschrift „Die Freiwirtschaft, 5. Jg. Heft 3, März 1932. S. 77. < Der Buchgeldverkehr verkürzt zeitlich die Zahlungswege so, dass mit einer bestimmten Geldmenge (die physisch nicht bewegt zu werden braucht) mehr Tauschvorgänge getätigt werden können. Das Bargeld bestimmt aber weiterhin seine Werthaltigkeit. Ich vermute aber, dass es bei weiterer Ausdehnung des digitalen Zahlungsverkehrs eine Grenze gibt, aber das Bargeld seine den Wert bestimmende Funktion nicht mehr ausüben kann. Ab dann bleibt nur der Ausweg, zu einem rein digitalen Geld zu wechseln. Aber ein digitales Geld muss die gleichen Bedingungen für sein Funktionieren und für die Werthaltigkeit einhalten, wie das Papiergeld. Es erfordert dann auch, dass jeder Wirtschaftsbürger ein Währungskonto bei der Zentralbank (oder als ein nicht pfändbares Treuhandkonto bei einer Geschäftsbank) erhält. An den Spar- und Girokonten bei den Geschäftsbanken wird sich nicht viel ändern.

Der Absatz unter dem zuletzt einkopierten Text trägt die Überschrift **Vertrauen als Grundlage** für das Geld. Das System der europäischen Zentralbanken wird dieser Anforderung nicht mehr gerecht. Im Wirtschaftsteil der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (HAZ) vom 30. 09. 2022 lautet die Hauptschlagzeile **„Inflation steigt auf 10 Prozent – und es droht eine Rezession“**. Bei der Menge an Geld, was die EZB emittiert hat, kann – wenn das Geld nachfragend in Bewegung kommt – die Rate auch ein Vielfaches von 10 % haben. Wenn das richtig

ist, sollten die Notenbanken des EZB-Systems so viel Geld zurückkaufen, wie sie an Vermögenswerten im Bestand haben. Und zwar bevor die Parole bei den Geldinhabern lautet, „Kaufe jeder im Markt, was noch zu haben ist, bevor die Geldscheine nur noch als Fidibus zu gebrauchen sind.“

Ich schreibe das hier ja nicht aufgrund von Hämie und auch nicht, weil ich mir das als Rache für die Taubheit der Währungsexperten wünsche. Ich kann auch nicht hundertprozentig sagen, dass das so eintreten wird, wenn die Notenbanker so weiter machen wie bisher. Aber dadurch, dass es denkbar ist, dass das Währungsgeschehen wieder Mord und Zerstörung im großen Umfang bewirkt, ist das Alarmschlagen voll gerechtfertigt.

Ich wollte eigentlich anhand der Grafiken, zum Beispiel jener mit den merkwürdigen Definitionen von Geldmengen auf das grafisch gut gemachte Buch Geld und Geldpolitik der Deutschen Bundesbank eingehen. Aber ich kürze ab und empfehle den Lesern dieses Offenen Briefes das Nachschlagewerk selber zu nutzen.

<https://www.bundesbank.de/resource/blob/606038/d401819881b69962a2fbfdb30b15644f/mL/geld-und-geldpolitik-data.pdf>

Ich werde den Rest meines Beitrages „freihändig“ verfassen. Ich fange mit der häufig gehörten Behauptung „Der Ukraine-Krieg bewirkt die Inflation!“ an. Das ist sachlich falsch. Es stimmt, dass die Beeinträchtigung der Produktion, die Blockade von Energielieferungen und die Störung von Lieferketten das Preisgefüge durcheinander gebracht hat und weiterhin beeinträchtigen wird. Für die Geldwertstabilität (Preisniveaustabilität) ist aber in Bezug auf den Euro das System der Europäischen Zentralbank verantwortlich. Denn die Geldwertstabilität ist eine Rechengröße, ein begriffliches Konstrukt, das nur, von der Geldseite her, also von der Zentralbank stabil gehalten werden kann. Wenn sich das Preis- und Mengengefüge der durch den Markt fließenden Güter verändert und die Summe der Preise im sogenannten Warenkorb (ein Messinstrument) steigen lässt, dann muss die Zentralbank diesen Trend mit einer Verminderung der umlaufenden Geldsumme entgegenwirken. Dieses Verfahren ist unabhängig vom Krieg einzuhalten. Der Veränderungsdruck kann auch durch Missernten oder durch die Macht von Kartellen und Monopolen entstehen. Eine stabile Währung kann also nicht vermeiden, dass es zu Rangeleien um die Durchsetzung von Preisen für die einzelnen Güter im Markt kommt. Man spricht dann von gegenseitiger Abhängigkeit – der Interdependenz – der Einzelpreise. Dieser Vorgang kann durchaus zu politischen Konflikten führen. Wird aus Gründen der

Vermeidung dieser Konflikte die Geldmenge nicht auf das notwendige Maß, das für die Preisniveaustabilität notwendig ist, durch die Zentralbank angepasst, haben wir eben eine Deflation oder Inflation. Beide Abweichungen vom richtigen Maß der umlaufenden Geldmenge haben zerstörerische Wirkungen. Die Deflation hat aber schnellere Wirkungen, weil sie keine zuverlässigen Preiskalkulationen für die Marktteilnehmer mehr ermöglicht. Deswegen lassen sich auch die Wirkungen der Inflationsraten nicht annullieren, weil ein solches Verfahren deflatorische Wirkungen hätte. Eine Kursänderung im Agieren der Notenbanken muss mit der Stabilisierung der Kaufkraft auf Höhe der erreichten Inflation beginnen. Wenn die Zentralbank nicht willens oder fähig ist, für ein stabiles Preisniveau zu sorgen, müssen – um den Bürgerfrieden zu wahren – alle Preise und Verträge indexgebunden werden, damit alle Zahlungsvorgänge den Geldwert ausdrücken, der beim Vertragsschluss gegolten hat. Die Behauptung Indexklauseln würden die Inflation antreiben, ist irrig.

EZB wagt den größten Zinsschritt ihrer Geschichte: Das ist eine Schlagzeile im Wirtschaftsteil der HAZ vom 9. September 2022. Das Datum ist für die Nachrichtenvermittler zwar schon Vergangenheit, aber das Thema Zinserhöhungen zur Bekämpfung der Inflation ist ja noch tagesaktuell. Ich habe den Eindruck beim Lesen solcher Artikel, dass ihre Verfasser sich freuen über ein paar Kröten mehr für ihre eigenen Guthaben bei der Bank, aber nicht wissen, dass sie über den kalkulatorischen Anteil der Zinsen in allen Preisen ein Vielfaches von dem, was sie am Jahresende gutgeschrieben bekommen, bei einem steigenden Zinsniveau zahlen müssen. Der Zinsanteil in den Preisen, die gefordert und bezahlt werden, ist zwar für die einzelnen Wirtschaftsgüter sehr unterschiedlich und wird von der Höhe der Kapitalausstattung der Anbieter mitbestimmt, erreicht aber im Durchschnitt 30 bis 40 Prozent.

Bevor ich auf die Frage eingehe, ob die Erhöhungen der Zinssätze der EZB überhaupt die Inflation dämmen kann, gehe ich übergeordneten Fragen nach.

a) Prof. Dr. Dieter Suhr, der auch im Verfassungsrecht zu Hause war, formulierte den zu verhandelnden Sachverhalt einprägsam und einfach mit einem Satz, der etwa so lautet: „Zinsen transportieren auf Ansprüche von Gütern im Markt von Kassen mit Bedarf in Kassen ohne Bedarf.“ Mit anderen Worten:

Die Armen sorgen durch ihre zu tragende Zinslast dafür, dass die Reichen noch reicher werden. Er kam als Verfassungsrechtler zu dem Schluss, dass das durch die Eigentumsgarantie des Grundgesetzes nicht abgedeckt ist. Es würde aber wohl noch eine Weile dauern, dass das

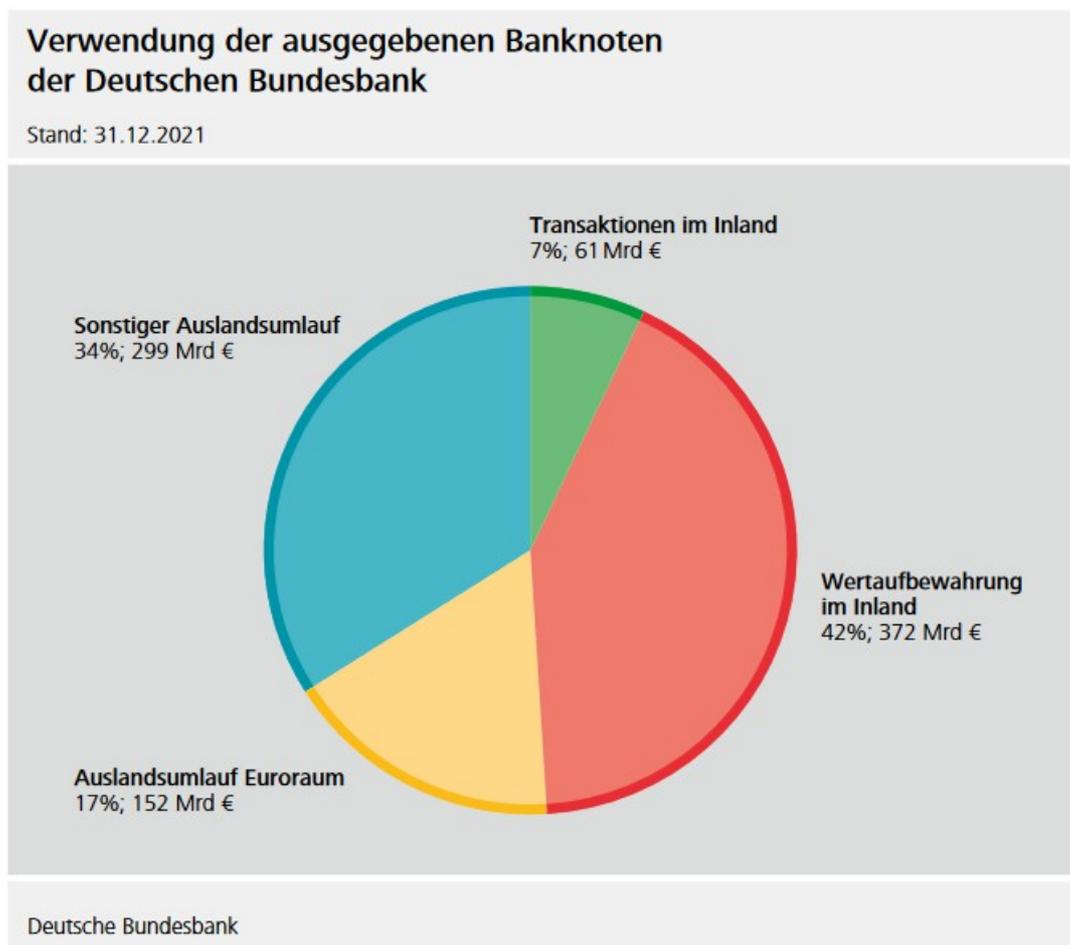
auch so von anderen Verfassungsrechtlern so gesehen würde. Leider konnte er sich durch seinen frühen Tod an der Aufklärung nicht mehr beteiligen. Die Frage ist, warum treibt der Sachverhalt die Sozial- und Verteilungspolitiker nicht auf die Zinnen, um den Sozialstaat zu verteidigen? (Der Begriff Sozialstaat hatte ursprünglich einen anderen Sinn als heute. Geldwertstabilität, Vollbeschäftigung, keine Ausbeutung durch das Kapital und die Hilfe für Bürger, die keine ökonomischen Leistungen erbringen können, waren die Begriffsmerkmale des ursprünglichen Begriffs vom *Sozialstaat*.)

Es wird nicht selten gesagt, dass der Zins der Preis des Geldes ist. Das ist falsch. Der Preis des Geldes sind die Güter, die man dafür eintauschen kann. Der Zins ist der Preis der Liquidität, für die Verfügbarkeit des Geldes, die man gegen Entgelt oder unentgeltlich befristet auf andere Menschen übertragen kann. Die Preisbildung für Liquidität muss frei bleiben. Die Notenbank als Festsetzer, als Monopolist des Zinsniveaus ist ein Angriff auf das marktwirtschaftliche System. Ein fallendes Zinsniveau (ein verteilungspolitisches Erfordernis) darf aber nicht zu einer Falle der Konjunktur werden, wenn es weit unter 5 % absinkt. Sondern die Preisfunktion des Zinses muss auch noch einwandfrei funktionieren, wenn der Zins auf oder unter Null sinkt. Die EZB hat nun vermutlich, um die Zinslast aufgrund der hohen Verschuldung der Mitgliedsstaaten und des Gewerbes zu senken und um die Konjunktur zu stützen, als Monopolist für die Geldschöpfung den Zins ohne Rücksicht auf ein stabiles Preisniveau nach unten gedrückt. Das ist eine Politik, die ihr auch nicht nach dem Vertrag über eine Verfassung für Europa zusteht und außerdem falsch ist.

Nun ist die Frage, ob eine Anhebung der Zinssätze der EZB ein taugliches Instrument für die Reduzierung der Inflation sein kann. Ganz verschwinden lassen will die EZB die Inflation ja nicht, obwohl sie nach dem Vertragstext für die Preisstabilität zu sorgen hat, sagt sie einfach 2% Inflation erfüllt die Bedingung des Vertrages über eine Verfassung für Europa. Eine richtige Erklärung dafür habe ich in einer EZB-Veröffentlichung noch nicht gelesen. In der Zeitung taucht hin und wieder der Hinweis auf, dass bei 0 % Inflation die Deflation drohe. Abgesehen davon, dass die 2 % Inflation für den Zweck nicht reichen, den sie nur ausweichend beschreibt, müsste sie endlich die Maßnahme einführen, die in der Freiwirtschaft unter dem Begriff „Umlaufsicherung des Geldes“ verhandelt wird. Aber wenn man der EZB die Freiheit lässt, ihre rechtlichen Vorgaben willkürlich zu interpretieren, dann müssten alle Verträge indexgebunden gestaltet werden.

Damit die Preisfunktion des Zinses als Preis für die Überlassung von Liquidität marktgerecht funktionieren kann, müsste die EZB ihre Zinssätze für Kredite an die Geschäftsbanken – soweit der Preisindex es zulässt – über die Zinssätze des Marktes festlegen, damit erst die ungenutzt im Markt und in den Horten befindliche Liquidität mobilisiert wird. Dieses geht meines Erachtens aber nur, wenn vorher die Umlaufsicherung des Geldes eingeführt wurde. Die Umlaufsicherung des Geldes ist mehr als die Schmierung eines Kettenantriebs, sondern auch die Kraft, die den Kettenantrieb mit in Gang hält.

Ich greife doch noch zu einer Grafik der Deutschen Bundesbank.



Zahlen & Fakten rund ums Bargeld / Abbildungen, Tabellen und Erläuterungen zum Bargeld
Deutsche Bundesbank / Stand: Juli 2022
<https://www.bundesbank.de/resource/blob/670998/af1bc43d50165834a36570d330a2a020/mL/zahlen-und-fakten-data.pdf>

Die Teilmenge des Geldes, das die Bundesbank herausgegeben hat und die an der Preisbildung beteiligt ist, also Güter nachfragt, beträgt nach dieser Angabe 7 % im Inland. Die im Auslands Euroraum von 17 % müssen auch noch dazu gezählt werden. Ich meine, dass ich vor einiger Zeit eine Grafik verwendet habe, da hieß es, dass es 10 % sind. Aber das spielt für das, was ich sagen will, keine große Rolle, weil es mir hier nur darauf ankommt zu zeigen, dass der größte Teil des von der Bundesbank herausgegebene Geldes nicht dem Zahlungsverkehr dient. Und dieser Teil ist eine ständige Bedrohung der Geldwertstabilität des Euros.

Wenn es richtig ist, dass nur das Geld, was für Transaktionen verwendet wird, die Preisbildung im Markt bestimmt – und ich kenne kein Argument, was dagegen spricht – dann sind die EZB-Zinssätze egal, weil kein Euro zusätzlich als Kredit an die Geschäftsbanken in den Verkehr gebracht werden darf, sondern, wie ich es schon geschrieben habe, müsste das EZB-System Euros durch Rückkauf aus dem Markt für inaktives Geld nehmen, bevor dieses im Sinne der Nachfrage sich in Bewegung setzen und den Wert des Euros in den Keller fallen lassen. (Hier wäre es angebracht, mit Zahlenübersichten des ganzen Eurosystems zu hantieren, statt nur mit denen der Bundesbank, weil ja auch Münzen und Banknoten des europäischen Auslands bei uns umlaufen.)

Bei der Suche nach der obigen Grafik, die ich trotz anderslautender Vorankündigung vorgenommen habe, stieß ich auf den folgenden Text:

Verwendung der ausgegebenen Banknoten
der Deutschen Bundesbank

Neben der alltäglichen Verwendung des Euros als Zahlungsmittel wird der Großteil der Banknoten nicht für Einkäufe, sondern vor allem als Wertaufbewahrungsmittel genutzt. Zudem ist der Euro eine im Ausland beliebte Reservewährung, ähnlich wie der US-Dollar heutzutage und die D-Mark früher. Hier spielen Sicherheits- und Stabilitätsgedanken derjenigen, welche das Bargeld halten, eine wichtige Rolle. Das Ansehen des Euro ist somit auch außerhalb der Währungsunion nicht zu unterschätzen . (S. 16)

National- oder Gebietswährungen wie der Euro sind grundsätzlich für den Gütertausch in ihrem Geltungsbereich gedacht und nicht für den internationalen Gütertausch. Für diesen muss ein gesondertes monetäres Verbindungsglied geschaffen werden. Die Hortung von Euros oder US-Dollars außerhalb ihres Geltungsbereiches wirkt wie unentgeltliche Kredite an den Euroraum oder den USA. Die USA konnte den Dollar aufgrund ihrer Machtposition als internationales Zahlungsmittel durchsetzen. Ich vermute, die DM und der Euro sind da nur Aus-

weichwährungen, um die Abhängigkeit vom US-Dollar zu mildern. Jedenfalls verhindert die Methode 1. den fairen Gütertausch weltweit und 2. die richtige Geldmengensteuerung für den Dollar und den Euro und andere Währungen. Politisch ist das Verfahren für zum Beispiel Russland ein Grund, Gift und Galle zu spucken.

Später auf der Seite 18 ist unter **Zahlungsverhalten** zu lesen:

Die Deutsche Bundesbank führt in regelmäßigen Abständen repräsentative Umfragen zum Zahlungsverhalten der Konsumentinnen und Konsumenten durch. Sowohl nach Umsatz als auch nach Anzahl der Zahlungsvorgänge ist Bargeld ein sehr beliebtes Zahlungsmittel. Zwar lässt sich über die Jahre hinweg ein langsamer, kontinuierlicher Rückgang der Nutzung feststellen, allerdings ist noch lange nicht abzusehen, dass das Bargeld vollständig von bargeldlosen Zahlungsmitteln abgelöst wird. Unter diesen dominiert die Nutzung der girocard, auch als Bank- oder Kontokarte bekannt.

Das liest sich so, als gäbe es ohne Probleme einen fließenden Übergang vom Bargeldverkehr zum reinen bargeldlosen Zahlungsverkehr ohne Banknoten und Münzen im Hintergrund. Wenn dieser Zeitpunkt abgewartet wird, ohne eine Vorbereitung auf eine digitale Währung, dann wird es in der EZB und den nationalen Zentralbanken ein erschreckendes Staunen geben.

Da im System der Europäischen Zentralbank die Funktionsbedingungen für ein zufriedenstellendes Papiergeld nicht richtig verstanden werden, wie sollen dann die Bedingungen für ein reines digitales Geld verstanden werden?

Es ist möglich, dass ich solche Sätze nur schreiben kann, weil ich von vielen Dingen, die in der EZB geschehen, keine Ahnung habe. Aber bei den Wirkungen von Fehlinterpretationen und -entscheidungen zum Währungssystem, die zur Debatte stehen, sollten die Verantwortlichen herausfinden, ob ich nur spinne oder etwas Richtiges sage.

Zurück zu dem „größten Zinsschritt“ der EZB. Erstmal ist festzuhalten, dass unter der gegebenen Zins-Höhen-Führerschaft sich das ganze Zinsniveau heben wird. Dadurch gehören 80 % der Wirtschaftsbürger zu den Verlierern der Maßnahme, 10 % kommen mit Plus-Minus-Null aus dem Manöver heraus. Und 10 % gehören zu den Gewinnern. Ich versuche noch eine entsprechende Grafik von Helmut Creutz einzufügen, aus der ersichtlich wird, was ich hier vortrage. Es sollte wenigstens den Lehrlingen und den Studenten im dualen Studiengang die letz-

te Ausgabe seines Buches „**Das Geldsyndrom Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft**“ in die Hand gedrückt werden, damit sie wissen in welchem Minenfeld sie arbeiten werden, wenn sie ausgelernt oder das Studium absolviert haben.

Es wird nun gesagt, dass die Anhebung der Leitzinsen die Geschäftsbanken veranlasst, weniger Kredite bei der Zentralbank aufzunehmen. Ich habe es schon an anderer Stelle gesagt, die Zentralbank kann systembedingt keine Kreditbank der Geschäftsbanken sein. Wenn die Zentralbank überhaupt Kredite vergibt, dann nur im Rahmen, den das Diktat der Preisniveau-Stabilität setzt. Und für die relativ kleinen Summen, die für die notwendige Mengenregulierung erforderlich sind, um das „Gewicht“ des Geldkreislaufes im Gleichgewicht mit dem „Gewicht“ des Güterstromes zu halten, der durch den Markt fließt, scheint mir Offenmarktpolitik geeigneter zu sein. Eine Festsetzung von Zinssätzen seitens der Zentralbank ist dann überflüssig.

Unsinnig ist es, das Kreditvolumen der Geschäftsbanken, das sich aus den Einlagen der Kunden und durch die eigene Kreditaufnahme am Kapitalmarkt speist, durch höhere Zinssätze begrenzen zu wollen. 1) Agiert die Zentralbank dann nur ohne gesetzlichen Auftrag, damit die Kreditbanken höhere Zinsen für ihre Kredite im Markt durchsetzen können - die Banken müssen dann allerdings auch höhere Zinsen für die Einlagen der Kunden zahlen. Und es hat zur Folge, dass die Umverteilungspumpe größere Mengen von Kaufkraft von Kassen mit Bedarf in Kassen ohne Bedarf befördert. Auf die Inflation hat das keine Auswirkung.

2) Ist die ganze Maßnahme – wenn sie tatsächlich zur Kreditreduzierung durch die Geschäftsbanken führt – eine Beeinträchtigung der Konjunktur mit steigender Arbeitslosigkeit. Haben denn alle das **Saysche Theorem** vergessen, ein

nach dem französischen Nationalökonom Jean Baptiste Say (* 1767, † 1832) bezeichneter ökonomischer Lehrsatz, bei dem angenommen wird, dass sich jedes volkswirtschaftliche Angebot seine eigene Nachfrage selbst schafft, da mit der Herstellung von Gütern gleichzeitig das Geld verdient wird, um diese Güter zu kaufen. Gesamtwirtschaftliches Angebot und Nachfrage haben danach die Tendenz zu einem Gleichgewichtszustand, bei dem Vollbeschäftigung herrscht.

Dieses Theorem hat aber nur seine Gültigkeit, wenn das Einkommen wieder ohne große Verzögerungen zur Nachfrage wird. Dafür wurden auch die Weltspartage eingerichtet, damit das Geld der Kinder, was in den Spardosen ruhte, zur Sparkasse gebracht wird, damit es über den

Kredit wieder zur Nachfrage wird.

Ich will noch auf einen Punkt eingehen. Es sind die Versprechungen der Regierung in diversen Notsituationen mit finanziellen Mitteln zu helfen. Da der Staat kein Goldesel ist, der Dukaten schießt, kann er nur die Kaufkraft übertragen, die er anderen Wirtschaftsbürgern abnimmt. Bei der Vielzahl der Fälle weiß schon bald niemand mehr, ob er in Summe zu den Geförderten oder zu den vom Staat ausgebeuteten gehört. Für die marktwirtschaftliche Ordnung ist das Gift, weil es bald keine echten Preise mehr gibt, die die Wirtschaft rational lenken. Wenn der Staat alle Hilfen, die schon vorgenommen wurden und noch getätigt werden sollen durch Steuereinnahmen finanzieren will, dann wird der Punkt erreicht, wo immer mehr Bürger sagen: „Ich wechsele in den Status des Hilfsbedürftigen, da ist mein Einkommen zwar knapp, aber nicht viel weniger als der Staat mir von meinem regulären Einkommen lässt, das ich mit viel Mühe durch die Arbeit erwerbe.

Verschuldet der Staat sich aber mit Hilfe der Zentralbank direkt oder über den Umweg über Geschäftsbanken mit illegitimen Ansprüchen auf Güter, dann ist er der Inflationsproduzent, ein Geldfälscher. Und die Mitglieder der Generation, die in der Laufzeit der Schulden ihre Erwerbsphase hat und die Kredite tilgen und die Zinsen zahlen muss, werden zu Schuld-knechten, eine Art Sklaven, von der wenig gesprochen wird.

Nun ist aber der Weg der Verschuldung ohne Mitwirkung der Zentralbank offen. Man denke an die ungeheuren Summen an Euros, die nicht marktaktiv sind, also nicht als Nachfrage in Erscheinung treten. Wäre das eine gute Möglichkeit? Man bedenke bei der Antwort auch, dass dieses Geld sich nicht anbietet, wenn nicht ein akzeptabler Zins bezahlt wird. Der bewirkt dann wiederum, dass die Reichen reicher und Armen ärmer werden. Aber auf die Inflation bezogen ist das eine verrückte Maßnahme, weil sie dabei Kaufkraft aktiviert und die Inflation dadurch antreibt.

Mein Eindruck ist, dass die Hilfe mittels Staatsverschuldung jene befürworten, die irgendwann mal etwas von 'deficit spending' als Mittel der Konjunkturbelebung und dadurch den Abbau von Arbeitslosigkeit gehört haben, aber nicht von der Pleite, die das Instrument erlebt hat.

Dass die Hilfsbedürftigkeit in unsere Republik so groß ist, ist nicht nur auf die Corona-Epidemie und auf Wladimir Wladimirowitsch Putin zurückzuführen, sondern auch unsere Regierungen und Parlamente – Bund, Länder und auch die EU.

Die angekündigte Grafik von Helmut Creutz hänge ich hier direkt an. Hier lasse ich noch einen Hinweis auf eine Veröffentlichung in digitaler und gedruckter Form folgen, die interessant und vielversprechend ist.



WERNER ONKEN

Der Autor

Marktwirtschaft ohne Kapitalismus - Von der Akkumulation und Konzentration in der Wirtschaft zu ihrer Dezentralisierung

15 Kapitel | Oldenburg 2019/2020

- 📄 Informativer Werbeflyer
- 📄 Zusammenfassung kurz [3.000 Zeichen]
- 📄 Zusammenfassung lang [42.000 Zeichen]
- ➔ Rezensionen



<https://www.werner-onken.de/buecher/marktwirtschaft-ohne-kapitalismus-von-der-akkumulation-und-konzentration-in-der-wirtschaft-zu-ihrer-dezentralisierung.html>

00000

Links zum Thema Zinsanteil in den Preisen aus der Zeitschrift Humane Wirtschaft

https://humane-wirtschaft.de/pdf_z/creutz_zinsanteil-in-preisen.pdf

https://humane-wirtschaft.de/pdf_z/creutz_zinsanteil-in-preisen_diskussion.pdf

00000

Ich beende meine Bemühung, die notwendige Aufklärung über den Währungskomplexes zu fördern mit freundlichen Grüßen

Tristan Abromeit

T.A. Text 176.0 - 64 - Inflation und mehr

[Willkommen](#)

[Meine Vita](#)

[Aktuelles](#)

[Artikel](#)

[Grafiken](#)

[Stellungnahmen](#)

[Videos](#)

[Gesammelte Werke](#)

[Häufige Fragen](#)

[Bücher usw.](#)

[Termine](#)

[Links](#)

[In eigener Sache](#)

[Impressum](#)

[In memoriam](#)

Willkommen auf meiner Homepage!

Ich freue mich, dass Sie sich für mich und meine Arbeiten interessieren!

Schwerpunkt meiner Untersuchungen und Analysen, die Sie im Menü in vielfältiger Form aufrufen können, sind die Auswirkungen unseres heutigen Geldsystems auf die langfristigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen, vor allem im Hinblick auf die ökologischen, ökonomischen und sozialen Folgen.

Welches Ausmaß diese Auswirkungen haben, zeigt sich vor allem an den zunehmenden Umweltzerstörungen wie an der sich weiter öffnenden Schere zwischen Arm und Reich. Und die wirtschaftlichen Folgen dürften durch die sich häufenden Konjunkturreinbrüche in den letzten Jahrzehnten deutlich geworden sein.

Dass diese Krisen dem Bereich der Banken und Börsen entstammen, ist kein Zufall. Denn hier haben sich – ausgelöst durch die zinsbedingte *"Selbstalimentation der Geldvermögen"* (Bundesbank!) – über die Jahrzehnte hinweg jene Geldvermögensberge angesammelt, die im gleichen Umfang alle Volkswirtschaften zu immer höheren Verschuldungen zwangen. So nahm z. B. die Wirtschaftsleistung in Deutschland von 1950 bis 2005 in realen Größen auf das Achtfache zu, während die Geldvermögen und Schulden auf das 46-fache anstiegen! Aus der Zinsperspektive betrachtet: Im Jahr 1950 steckten in jeder ausgegebenen Mark erst sechs Prozent Zinsen, heute 35 bis 40 Prozent!

Um einer noch schnelleren Verarmung der von Arbeit lebenden Haushalte zu entgehen, sind wir also seit Jahrzehnten zu einem ständigen Wachstum der Wirtschaft gezwungen, das jedoch gegenüber dem Wachstum der monetären Größen immer mehr zurückfiel. Wie bei Pyramidenspielen muss eine solche Entwicklung – aus einfachen mathematischen Gründen – schließlich zum Kollaps führen. Die Größenordnungen der jetzt geplatzten Blasen an Banken und Börsen und der sich darauf aufbauenden Spekulationsexzesse, lassen erahnen, welche Folgen wir daraus in den nächsten Jahren in der Realwirtschaft zu erwarten haben!

Hintergründe:

Die aktuellen Vorgänge und ihre vorausgegangenen Entwicklungen bestätigen die Erkenntnisse von Proudhon, Gesell und anderer Kritiker unseres Geldsystems, dass die wesentlichen Probleme in Wirtschaft und Gesellschaft nicht von der Produktions-, sondern von der Zirkulationssphäre und damit vom Geld ausgehen. Denn die heute mit dem Geld verbundenen ständig positiven Zinsen führen automatisch zu einem Überwachstum der Geldvermögen und Schulden. Ebenso wie die damit verbundenen sozial problematischen Einkommens-Umverteilungen, lassen sich diese Überentwicklungen schlüssig mit der künstlichen Verknappungsmöglichkeit des Geldes und seiner daraus resultierenden Überlegenheit gegenüber Arbeit und Waren erklären.

Wie schon von Irving Fisher Anfang der 30er Jahre herausgestellt und von John Maynard Keynes in seinem Hauptwerk 1936 beschrieben, würden Durchhaltekosten auf die Geldhaltung (carrying costs) diese Überlegenheit des Geldes neutralisieren, *"zum sanften Tod des Rentiers"* führen und *"der vernünftigste Weg"* sein, *"um allmählich die verschiedenen anstößigen Formen des Kapitalismus loszuwerden. Denn"* – wie Keynes weiter schreibt – *"ein wenig Überlegung wird zeigen, was für gewaltige gesellschaftliche Veränderungen sich aus einem allmählichen Verschwinden eines Verdienstsatzes auf angehäuftem Reichtum ergeben. Es würde einem Menschen immer noch freistehen, sein verdientes Einkommen anzuhäufen, mit der Absicht, es an einem späteren Zeitpunkt auszugeben. Aber seine Anhäufung würde nicht wachsen."* (*"Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes"*, S. 185).

Ausführlicheres zu dem hier nur kurz angesprochenen Themenkomplex finden Sie lieber Leser in Wort und Bild in den Menüs dieser Homepage!

Aachen, im März 2009

Helmut Creutz

Viele meiner Aufsätze und Texte sowie meiner Grafiken stelle ich unter einfachen Bedingungen zur Weiterverwendung zur Verfügung. Näheres unter [Aktuelles](#) und im [Impressum](#).

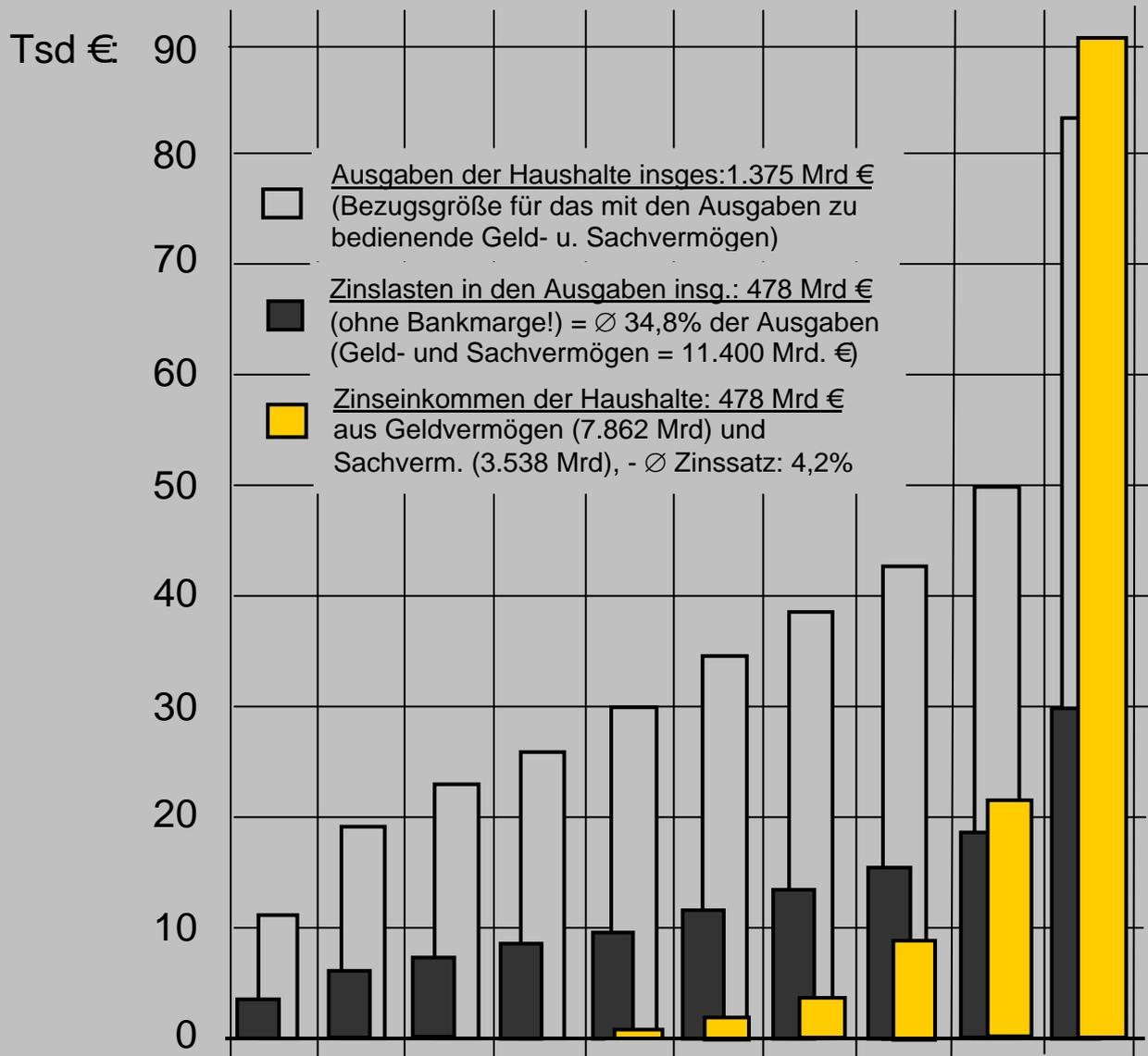
 Please visit my website [The Money Syndrome](#) and [read my book](#) of the same title.

 Mon livre en français intitulé [Le syndrome de la monnaie](#).

[Site Web pour mon livre](#) (archivé)

Ausgaben, Zinslasten und Zinserträge

Verteilung auf 10 Haushaltsgruppen mit je 3,8 Millionen Haushalten
Größen in Tsd Euro je Haushalt - Bezugsjahr 2007



Haushalts-Gr.:	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Eink. i. Tsd je Hh:	12,0	19,0	24,0	28,0	32,0	38,0	43,0	49,0	59,0	101,0
.l. Ersparnis. i. %:	0,0	0,0	0,7	2,6	5,0	8,4	10,7	12,6	22,2	38,4
dito in Tsd je Hh:	0,0	0,0	0,3	1,1	2,2	3,6	4,7	5,5	9,7	16,8
Ausgab.-Anteil i. %:	3,2	5,4	6,6	7,5	8,3	9,4	10,4	12,0	13,6	23,3
= in Tsd je Hh.:	12,0	19,0	23,7	26,8	29,8	34,4	38,3	43,5	49,3	84,2

Zinssaldenberechnung je Haushalt

Zinseink. i. Tsd:	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	1,2	3,3	7,7	23,3	90,4
.l. Zinslasten:	4,1	6,8	8,3	9,5	10,5	11,8	13,2	15,1	17,1	29,4
= Verlust/Gewinn:	- 4,1	- 6,8	- 8,3	- 9,5	- 10,3	- 10,6	- 9,9	- 7,4	+ 6,2	+ 61,0

Erläuterungen zur Darstellung Nr. 059:

Ausgaben, Zinslasten und Zinserträge der Haushalte

In der Darstellung werden mit den grauen Säulen im Hintergrund, verteilt auf zehn Haushaltsgruppen, die mit den Einkommen ansteigenden Haushaltsausgaben wiedergegeben, die sich - nach Abzug der Ersparnisse - aus den Haushaltseinkommen in jeder Gruppe ergeben.

In den schwarzen Säulen davor sind die Zinsanteile wiedergegeben, die im Jahr 2007, bei einem Durchschnittssatz von 34,8 %, letztlich mit sämtlichen Haushaltsausgaben, einschl. der Steuern und Abgaben, getragen werden müssen. Dabei sind in diesem Satz die Zinszahlungen für die Privat-Kredite ebenso enthalten wie für die Schulden des Staates oder die Zinsanteile in den Mieten, die durchweg bei 60 bis 65% derselben liegen. Alle diese Zinslasten müssen - direkt oder indirekt - am Ende der Ausgabenkette immer von den Haushalten getragen werden, die ihrerseits keine Möglichkeit mehr zu einer Weitergabe haben.

Die dritte helle Säulenreihe im Vordergrund gibt dann wieder, in welcher Größe diese von allen gezahlten Zinsen wiederum als Einnahmen an die Haushalte zurückfließen. Der Schlüssel für diese Verteilung der erhaltenen Zinsen resultiert jedoch aus dem jeweiligen Vermögensbestand der Haushaltsgruppen, der sich (wie bereits aus der Darstellung Nr. 058 zu ersehen!) zu rund 66 % bei dem reichsten Zehntel konzentriert, während die ersten vier Haushaltsgruppen - ohne Vermögen und Vermögenseinkommen - praktisch nur Zinszahler sind. *)

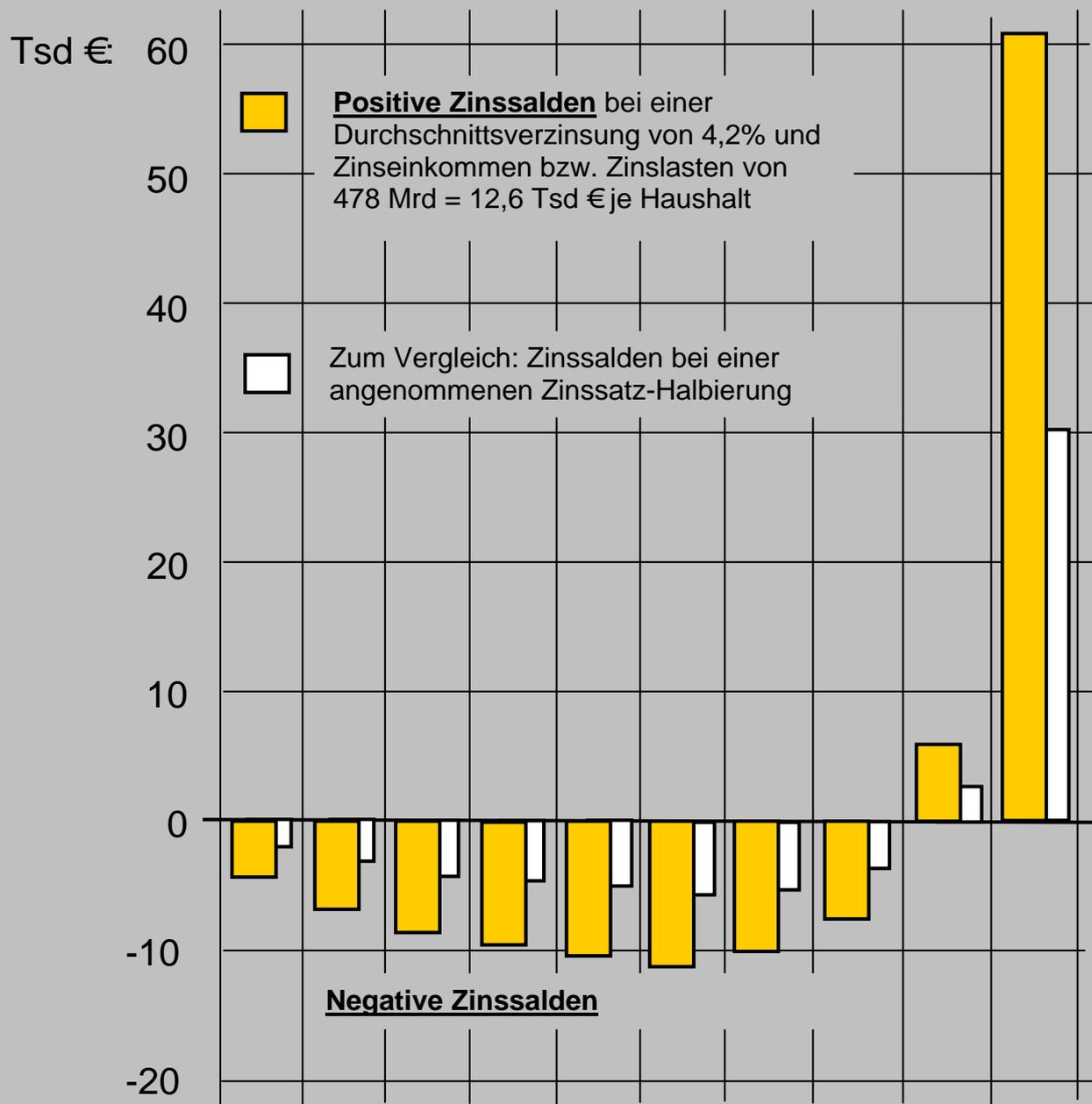
Aus der Differenz der schwarzen und weißen Säulen gehen dann die Salden hervor, die sich bei jeder Haushaltsgruppe als Verlust bzw. Gewinn ergeben und die in der Darstellung 60 noch einmal grafisch verdeutlicht werden.

Helmut Creutz - 2012

*) Auch bei diesen Zinseinkommen von rund 90 Tsd Euro je Haushalt in dem reichsten Zehntel ist zu beachten, dass dieser Betrag sich auf ein Durchschnittsvermögen von rund 2 Millionen und auf 3,8 Millionen Haushalte bezieht! Ein Besitzer von 10 Millionen hätte also Zinseinnahmen von 450 Tsd Euro p. a. und der Besitzer von einer Milliarde - ebenfalls in diesem Zehntel erfasst! - Zinseinnahmen von 45 Mio und damit tagtäglich rund 123 Tsd Euro! - Und Milliardäre gibt es inzwischen mehr als hundert in Deutschland, davon vier mit zweistelligen Beträgen! (Quelle: Manager-Magazin 2007)

Zinslasten und Zinserträge – Salden der Haushalte

bezogen auf 10 Haushaltsgruppen mit je 3,8 Millionen Haushalten
Größen in Tsd. Euro je Haushalt - Bezugsjahr 2007



Haushalts- Gr.: 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

Zinseinkom. i. Tsd:	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	1,2	3,3	7,7	23,2	90,4
Zinslasten i. Tsd:	4,1	6,8	8,3	9,5	10,5	11,8	13,2	15,1	17,1	29,4
Zinssalden i. Tsd:	-4,1	-6,8	-8,3	-9,5	-10,3	-10,6	-9,9	-7,4	+6,2	+61,0

Erläuterungen zur Darstellung Nr. 060 -

Zinslasten und Zinserträge

In der Darstellung Nr. 060 werden - bezogen auf die Daten im Jahr 2007 und verteilt auf zehn Haushaltsgruppen - die jeweiligen Salden wiedergegeben, die sich aus den Verrechnungen der Zinslasten mit den Zinseinnahmen in jeder Haushaltsgruppe ergeben.

Grundlage dieser Saldierung sind die durchschnittlichen Zinslasten, die aus den Berechnungen für das Jahr 2007 mit 34,8% der Haushaltsausgaben resultieren, sowie die Zinserträge aus allen Vermögenswerten, bei denen eine durchschnittliche Verzinsung von 4,2% angesetzt worden ist. Die Ergebnisse der Saldierungen sind in im unteren Teil der Grafik als Tabelle wiedergegeben. (Sehe dazu auch Darstellung Nr. 58 und 59, bzw. die gesamten Berechnungsvorgänge in der Tabelle T 9).

Wie aus den Saldenvergleichen hervorgeht, sind diese in den ersten acht Haushaltsgruppen negativ, das heißt, sie haben in dem wiedergegebenen Umfang mehr Zinsen gezahlt als erhalten. Bei der neunten Gruppe kehrt sich das Verhältnis um und bei der zehnten Gruppe schlägt sich das Gros der Verluste der ersten acht Gruppen konzentriert als Gewinn nieder.

Die hinter diesen Säulen eingetragene helle zweite Säulenreihe gibt als Alternative die gleiche Umverteilung bei einer Halbierung der Zinssätze wieder. Dieser Vergleich zeigt, in welchem Maße sich Veränderungen der Zinssätze auf die Umverteilungs-Ergebnisse auswirken und dass diese, bei einem um Null schwankenden Zinssatz, völlig verschwinden würden. -

Der Vergleich macht jedoch ebenfalls deutlich, welche gesellschaftlichen und sozialen Folgen mit unserem heutigen verbunden sind, sondern auch und zu welchen Veränderungen ein Zinssatz führen würde, der mit den Sättigungen in der Wirtschaft marktgerecht um Null pendelt und damit Umverteilungs-neutral wird: Denn damit würde nicht nur das weitere Öffnen der Schere zwischen Arm und Reich abgebremst und nach und nach zurückgeführt, sondern ebenfalls der Verschuldungs- und Wachstumszwang!

Helmut Creutz - 2012